



Attersee Report

Occidens sol

Thomas Grischany · Über den Untergang des Abendlandes
Norbert Nemeth · Ideologische Fronten der Familienpolitik
Interview mit Barbara Kolm · Wo sind die klassischen Liberalen?
Archi Tecturus · Sittenkonflikte in multiethnischen Gesellschaften
Reinhard Farkas · Alternativen zum Niedergang

Ausgabe Nr. 15 · Juni 2018

*Ich lehre hier den
Imperialismus. [...]
Imperialismus ist
reine Zivilisation.
In dieser
Erscheinungsform
liegt unwiderruflich
das Schicksal des
Abendlandes.*

aus: Oswald Spengler,
Der Untergang des Abendlandes

Abbildung auf dieser Seite:
Santa Maria della Salute, Sonnenuntergang
William Stanley Haseltine, ca. 1870–1885
New York, Metropolitan Museum of Art

Coverbild:
Marée basse, soleil couchant
Eugène Boudin, 1883



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Die aktuelle Ausgabe unseres Reportes beschäftigt sich mit dem „Untergang des Abendlandes“. Allein diese Folge von drei Worten reißt ein Problem auf, hinter dem sich der wesentliche Teil der Menschheitsgeschichte verbirgt: Was ist das Abendland? Geht es tatsächlich unter? Oder ist es schon untergegangen? Wenn ja, wer ist schuld daran? Steckt ein Masterplan dahinter? Kann man dem entgegenarbeiten?

Was wir mit Sicherheit wissen ist die Tatsache, dass wir einer permanenten Zersetzung traditioneller Lebensweisen gegenüberstehen. Ehe, Familie, Staat – all diese Institutionen werden peu à peu in Frage gestellt und neu definiert. Vor diesem Hintergrund haben wir uns selbst den Auftrag gegeben, die ideengeschichtlichen Wurzeln unserer politischen Gegner offen zu legen. Das geschieht auch im Rahmen der Artikelreihe über das aktuelle Regierungsprogramm. Diesmal geht es um seine familienpolitischen Schwerpunkte. In der kommenden Ausgabe des Reportes wollen wir der Frage nachgehen, welche Rolle das Eigentum spielt.

Ein Vorgriff darauf ist der Beitrag von Dr. Barbara Kolm, der Präsidentin des *Friedrich August von Hayek Institutes*. Sie beleuchtet die Österreichische Schule der Nationalökonomie, die durch solch herausragende Persönlichkeiten wie Carl Menger, Eugen Böhm-Bawerk und Ludwig von Mises maßgeblich geprägt wurde. Ihre Theorien wurden durch das Scheitern des Sozialismus auf der einen und durch die Finanzkrise auf der anderen Seite bestätigt. Einem Werk Hayeks wollen wir in einer der kommenden Ausgaben eine gesonderte Besprechung widmen: seinem 1943 erschienenen *Der Weg*



in die Knechtschaft, in dem er vor einem europäischen „Über-Staat“, der zu stark in die Wirtschaft eingreifen würde, warnt. Dies in der Tradition von Mises, der bereits 1919 vor der Errichtung einer Weltregierung warnte. Die Österreichische Schule der Nationalökonomie versteht sich somit als Vertreterin des Föderalismus und ist alleine

aus diesem Grunde im *Attersee Report* willkommen.

Besonders freut es mich, dass wir o. Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer für ein Interview gewinnen konnten. Der Ordinarius der Universität Linz ist seit drei Monaten Mitglied des Verfassungsgerichtshofes. Seine Wahl im Nationalrat war von der Kritik der Opposition begleitet. Beispielsweise sei auf den Abgeordneten Dr. Alfred Noll von der Liste Pilz verwiesen: „Ich halte diesen Kandidaten nicht fachlich für ungeeignet, er ist ein hochqualifizierter Jurist, aber ich liebe und schätze nicht, wes Geistes Kind er ist. [...] Kurz gefasst sagt nämlich Kollege Hauer: Die Polizei ist doch ein kostbares Gut und eine wirklich tolle Sache. Auch der Staat ist eine wirklich tolle Sache, eine ganz gute, erstrebenswerte und schützenswerte Sache. Und dann schließt er atmosphärisch – nicht wortwörtlich, das würde er nicht tun, aber atmosphärisch – die Frage an: Warum sind denn nur alle Leute gegen den Polizeistaat?“

Diese Wortmeldung ist für die Deutungshoheit der Linken typisch. Wer nicht für die Beseitigung des traditionellen Rechtsinstitutes „Staat“ ist, dem wird unterstellt, für einen Polizeistaat zu sein – rein atmosphärisch – ohne Tatsachensubstrat. Umso wichtiger ist es, solche Persönlichkeiten in unserem Report zu Wort kommen zu lassen.



Herzlichst Ihr
ParlRat Mag. Norbert Nemeth
Herausgeber

Inhalt



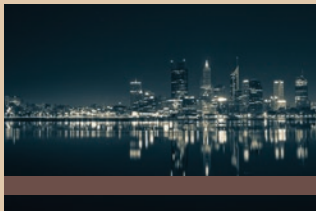
Generalthema:

Von Weltenbrand und Wiedergeburt	6
Über den Untergang des Abendlandes	8
„Da! Ein Mensch!“	12
Der Untergang ist abgesagt	15
Anything goes	17



Österreich:

Ideologische Fronten der Familienpolitik	18
Richter sein, nicht Politiker	22
Tu felix Austria!	25



International:

Wo sind die klassischen Liberalen?	26
Renaissance versus Brauchtumspflege	31



Feuilleton:

Sittenkonflikte in multiethnischen Gesellschaften	32
Die entführte Aufklärung	39
Der Islam meiner Kindheit	41



Besprechungen:

Alternativen zum Niedergang	42
Energieautarkie als Vorbild?	47
Zur Frage der „Landnahme“	49
Adharas Stimme	50
Impressum	51

Editorial

Werte Leser!



Ein paar Wochen ohne Internet in der Levante zu verbringen – und somit gleichsam an der Naht von Abend- und Morgenland – das weitet nicht nur den Blick auf den „Orient“ (übrigens ein Begriff, von dem Edward Said sicher nicht ganz zu Unrecht behauptete, er sei bloß die Projektion westlicher Orientalisten). Es kalibriert ebenso den eigenen Blick auf den Okzident, dessen Verlassenheit von vielen guten Geistern einem umso schmerzlicher bewusst ist, nachdem man eine Zeit unter Menschen verbracht hat, die mit der größten Selbstverständlichkeit der Welt ihr Land schützen, ihre Kinder lieben, ihren Gott ehren und ihre Kulturvielfalt feiern.

Europa dagegen scheint heute am Multikulturalismus zu zerbrechen, und es ist schon paradox, dass dieser ursprünglich positiv gedachte Begriff heute einen so bedrohlichen Klang angenommen hat: Nichts ist ja ein besserer Katalysator für kulturelle Leistungen als eine befruchtende Konkurrenz, nichts erzeugt einen stärkeren Druck zur Verteidigung des Eigenen als die Grenzlandserfahrung. Doch weder das eine noch das andere trifft heute auf den Alten Kontinent zu. Wenn der erste Artikel in der österreichischen Tageszeitung *Die Presse*, den man – aus jenem „Orient“ heimgekehrt – zufällig am Flughafen liest, einem davon berichtet, dass heute der Tag der Kriegsdienstverweigerer sei, an dem das „Menschenrecht“ auf Verweigerung des Wehrdienstes gefeiert werde, dann weiß man, was es im Okzident geschlagen hat. Wahrlich kein Wunder, dass hier sogar wirtschaftlich impotente und einer defektiven Religion anhängende Einwandererfamilien die Gesellschaft vor sich hertreiben können.



Manchmal mag es einem so vorkommen, als wolle der Okzident aus aller Welt die Probleme in sich einsaugen – aber bloß keinerlei Bereicherungen. Insofern steht Europa heute fern wie nie jenen kosmopolitischen Utopien, wie sie etwa Theodor Herzl in seinem Roman vom „Altneuland“ formulierte, wohin jeder aus seiner vorherigen Heimat seine „liebgewonnenen Gewohnheiten“ mitnehmen werde: deutsche Musik, französische Theater, englische Literatur, italienische Speisen usw. Die zu uns mitgebrachten lieb gewonnenen Gewohnheiten der Neo-Europäer sind nur selten von so beschaulicher Natur.

Den abendländischen Thanatos aber den Einwanderern umzuhängen, ist ein oft gepflegter Selbstbetrug. Nichts außer der interesselosen Trägheit der eigenen Masse hindert Europa ja daran, sich als Kultur- und Lebensraum zu behaupten. Insofern ist das Abendland selbstgewählt tief in seinen Untergang gesprungen, und weder das beständige Greinen darüber noch schriller politischer Aktivismus tragen zu einer innerlichen Revitalisierung bei. Neues Leben lässt sich nicht von oben herab verordnen. Leben bedeutet Selbstbewegung: Man kann ihm alles bereitstellen, aber knospen muss es von alleine.

Ein Ausbruch aus der lebensfeindlichen sozialistischen Lethargie, die sich über den Okzident gelegt hat, ist daher nur organisch von unten nach oben möglich: wenn der Einzelne sein Empfinden für die natürliche Verantwortung wiederentdeckt, sein eigen Leben zu meistern, und wenn die Familie als Zukunftskeim wieder jenen Stellenwert im Zentrum unseres Lebens bekommt, der ihr naturgemäßer Sitz ist.

Diesen beiden Stoßrichtungen folgen wir in der vorliegenden Ausgabe des *Attersee Reports*.



Ihr
Jörg Mayer
Chefredakteur

Von Weltenbrand und Wiedergeburt



Ferner verbrennt nach bestimmten, vom Schicksal festgelegten Zeiten der gesamte Kosmos, wird danach jedoch wieder neu geordnet. Das ursprüngliche Feuer indes ist sozusagen ein Same, der die Prinzipien für überhaupt alles und die Gründe dessen enthält, was war, was ist und was sein wird. Deren Verknüpfung und Abfolge ist das *Fatum*, das Wissen, die Wahrheit und ein Gesetz alles Seienden, das unvermeidlich und dem nicht zu entrinnen ist.

Eusebius über die Kosmologie der Stoiker

Es wird aber des Herrn Tag kommen wie ein Dieb; dann werden die Himmel zergehen mit großem Krachen; die Elemente aber werden vor Hitze schmelzen, und die Erde und die Werke, die darauf sind, werden nicht mehr zu finden sein. Wenn nun das alles so zergehen wird, wie müsst ihr dann dastehen in heiligem Wandel und frommem Wesen, die ihr das Kommen des Tages Gottes erwartet und ihm entgegeneilt, wenn die Himmel vom Feuer zergehen und die Elemente vor Hitze zerschmelzen. Wir warten aber auf einen neuen Himmel und eine neue Erde nach seiner Verheißung, in denen Gerechtigkeit wohnt.

2. Brief des Petrus, Verse 10 bis 13





Generalthema

Sonnenuntergang über Epidauros, Carl Rottmann, 1835,
Wilhelm-Hack-Museum Ludwigshafen

Thomas Grischany

Über den Untergang des Abendlandes

Geschichtsphilosophische Betrachtungen



Viel Spannendes ereignet sich derzeit in Europa: Die EU bereitet sich auf wichtige Reformen vor, liegt daneben im Dauerstreit mit der nationalkonservativen Regierung Polens, während der ungarische Premier Viktor Orbán von der sogenannten „illiberalen Demokratie“ spricht. Darüber hinaus herrscht zunehmend Unbehagen über die fehlgeschlagene Integration bzw. anhaltende Masseneinwanderung vor allem moslemischer Migranten. Offene Grenzen wie 2015 soll es zwar nicht mehr geben, aber der von der EU geplante Familiennachzug – wobei die Angabe einer „Ankerperson“ ausreichen soll – läuft auf das Gleiche hinaus. Bei den letzten Wahlen waren daher von den Medien gerne als „populistisch“ oder „rechts“ titulierte Parteien erfolgreich.

Bei so vielen konfliktträchtigen Vorgängen fragen sich viele Bürger zwangsläufig, was dahintersteckt. Denn um eine Reihe singulärer, zufälliger Ereignisse handelt es sich dabei wohl kaum. Ist alles von Menschen gelenkt oder auf andere Gesetze zurückzuführen – etwa den Willen Gottes, Hegels Weltgeist oder Marx' historischen Materialismus? Oder haben wir es mit zyklisch verlaufenden Gesetzmäßigkeiten zu tun? Grund genug, solche Geschichtsideologien und ihr Erklärungspotential näher zu betrachten, wobei es sich hier angesichts vieler flexibler und sich überschneidender Definitionen sowie bewusster Kombinationen nur um eine grobe Annäherung an die zahlreichen Möglichkeiten handeln kann.

Behandeln wir zunächst die lineare Kategorie, worunter man die Progression von einem Anfangs- zu einem Endpunkt versteht, wie sie v.a. für Religionen typisch ist. Im Christentum endet die weltliche Geschichte mit dem jüngsten Gericht. Seit der Aufklärung wiederum geht das typisch westliche

Geschichtsverständnis, einer Ersatzreligion gleich, von einem unaufhaltsamen, auf der Vernunft basierenden Fortschritt zum Guten aus. Allerdings muss Progress im Sinne des reinen Voranschreitens nicht unbedingt positiv sein. Hier handelt es sich um einen problematischen Bereich, denn während beim technologischen Fortschritt und der Darwinistischen Evolution eindeutig eine Höherentwicklung stattfindet, ist „Niedergang“ primär ein moralischer oder kultureller Begriff.

Und so kennen wir bereits aus der Bibel und von den alten Griechen Zeitalterlehren, wonach die Menschheit von einem paradiesischen „Goldenen Zeitalter“ durch immer minderwertigere Äonen hinabsteigt, womit aber auch die Hoffnung auf eine Wiederkehr des goldenen Urzustandes einhergeht. Sogar in strikt linearem religiösen Denken findet sich also das zyklische Element des Neubeginns nach Reinigung durch Sintflut oder Weltenbrand. Und auch der Marxismus mutet pseudoreligiös an mit seiner dialektisch durch mehrere Phasen auf ein



Dr. Thomas Grischany studierte Geschichte in Hamburg und Wien, absolvierte die Diplomatische Akademie Wien und arbeitete im Außenamt, ehe er 2007 an der University of Chicago promovierte. Seit 2015 ist Thomas Grischany Lehrbeauftragter an der Webster Vienna Private University.



Endziel, das mit dem Kommunismus den paradiesischen Urzustand wiederherstellt, verlaufenden Geschichte.

Bei rein zyklischen Geschichtsphilosophien muss man auch die traditionelle chinesische Auffassung von Geschichte als ewig im Kreis verlaufenden Auf- und Abstieg von Dynastien erwähnen. Friedrich Nietzsche ging ebenfalls von der „ewigen Wiederkehr des Gleichen“ aus. Oft werden historische Abläufe auch als Parallelen zur Biologie oder zu den Menschenaltern interpretiert: Oswald Spengler etwa sah Kulturen wie einzelne Organismen entstehen, blühen und absterben. Doch wie sieht es mit der Menschheit insgesamt aus? Gerade die Verbindung von Biologie und Religion fördert unauflösbare innere Widersprüche zutage:

So können Arten sowohl aussterben als sich evolutionär weiterentwickeln. Auf der Erde ist ein Einzellebewesen mit dem Tode biologisch erloschen, doch Hindus glauben an die diesseitige Wiedergeburt der Seele. Ganz unabhängig von Religion und Erd- oder Feuerbestattung treten die Überreste jedes Menschen wieder in den Naturkreislauf ein. Mag auch das Individuum vergehen, so besteht die Art Mensch doch fort. Und sie wird sich langfristig



Die Sintflut, Gravur von Gustave Doré

in ihrem Erscheinungsbild sowie ihren physischen und geistigen Fähigkeiten verändern.

Aufstieg und Fall?

Letztlich bleibt alles eine Frage genauer Definitionen: Ist eine Kultur ein Einzelorganismus oder eine Spezies? Betrachten wir z.B. die deutsche Kultur isoliert, als Teil einer europäischen oder gar einer gesamtgesellschaftlichen Kultur? Wann hat sich eine Art zu einer neuen Art entwickelt oder ist ein historisches Zeitalter in ein

anderes übergegangen? Derlei Metamorphosen führen nie zu einer kompletten Trennung: In jeder Spezies leben die Gene ihrer Ururen weiter, auch in der europäischen Neuzeit befinden sich mittelalterliche und antike Elemente. Daher zurück zur Gegenwart, wobei ich mich auf Grundlage der geschichtsphilosophischen Ausführungen mit den eingangs erwähnten politischen Ereignissen auseinandersetzen möchte:

So feiern manche den seit Jahrzehnten erfolgreichen, aber jüngst ins Stottern geratenen europäischen Integrationsprozess als Wiederersterung von antiken Einheitsgedanken – wie dem Panhellenismus oder dem römischen Bürgerrechtsbegriff – oder auch als Vollendung eines Projektes, das Europä-



er über viele Jahrhunderte immer wieder versucht hätten. Beides kann sowohl zyklisch als auch linear interpretiert werden, in jedem Falle jedoch positiv. Der Althistoriker David Engels hingegen sieht beim gegenwärtigen Zustand Europas ausschließlich zyklisch anmutende Analogien zum Zerfall der Römischen Republik. Doch beide Fälle würden die Auflösung der Nationalstaaten nach sich ziehen, ob in einer europäischen Republik, die von anti-national denkenden Linken gefordert wird und zumindest nominell demokratisch sein und die Bürgerrechte schützen würde, oder in einer – wie von David Engels befürchtet – dem römischen Kaiserreich ähnelnden und eher autoritär anmutenden Struktur.

Letzteres Szenario berührt sich mit Viktor Orbáns Begriff von der „illiberalen Demokratie“. Für seine Gegner ist die politische Umgestaltung Ungarns ein reaktionäres, wenn nicht faschistisches Unterfangen, also historisch gesehen ein Rückschritt. Geschichtsphilosophisch könnte dies unter eine zyklische Abwärtsbewegung oder die Wiederholung von etwas negativ besetztem Vergangenen fallen. Doch wäre auch eine lineare Deutung möglich, indem die Zeit von 1922 bis 1945 nur einen „Probelauf“ darstellte und die echte Herrschaft des Faschismus erst bevorsteht. Die italienischen Faschisten sahen ihre Bewegung jedenfalls als Fortschritt und als die wahre Vollendung – und nicht etwa Verneinung! – der Ideale der Französischen Revolution. Dabei muss freilich die Frage erlaubt sein, ob der neue Faschismus nicht auch wie ein falscher Prophet unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ daherkommen könnte.

Die Beharrungskräfte des Nationalstaats

Unabhängig von der ideologischen Natur der Orbánschen Politik handelt es sich um ein Wiedererstarken der Nationalstaatsidee, welche mit jeder Vertiefung der europäischen Integration unvereinbar ist. Ich spreche hier bewusst nicht von „Renaissance“, da dieser Begriff die Wiederkehr von etwas, das bereits untergegangen ist, suggeriert. Doch ist

das Zeitalter des Nationalstaates nicht noch immer in vollem Schwung? Auf der ganzen Welt ist der Nationalstaat – wie imperfekt er auch sein mag – immer noch *die* wichtigste oder begehrteste Organisations-einheit. Nur in Teilen Europas gibt es Post-Nationalisten, die meinen, dass die Zeiten, in denen der Nationalstaat als fortschrittlich galt, vorbei seien und wir alle besser in einer übergeordneten Gemeinschaft aufgehoben wären.

Zwar wollen die Regierenden und die sie unterstützenden Eliten den Nationalstaat nicht gleich völlig abschaffen, wohl hauptsächlich deswegen, weil es bei der Mehrheit der Völker noch zu viel Widerstand hervorrufen würde. Dennoch hat man sich deutlich von Begriffen wie „Nation“ oder „Staatsvolk“ verabschiedet, die sich irgendwie mit dem Begriff des Volkes, d.h. mit der Idee einer *wesentlich* – diese Betonung ist wichtig, denn auch der fanatischste Deutschtümler weiß, dass niemand einen „reinen“ und bis zu Hermann dem Cherusker zurückreichenden Stammbaum aufweisen kann – *abstammungsmäßig* definierten Gemeinschaft berühren. Nichts anderes bedeutet Angela Merkels Bezeichnung der Deutschen als diejenigen, „die schon länger hier leben“.

Die klassische Unterscheidung zwischen *ius soli* und *ius sanguinis* – die Verwendung dieses historisch-staatsrechtlichen Begriffes an sich müsste heutzutage eigentlich genügen, um als Rassist verunglimpft zu werden – besteht jedenfalls nur noch auf dem Papier. Wobei an dieser Stelle klar wird, dass die Idee des Nationalstaates gar nicht im Mittelpunkt steht, vielmehr die Frage nach der *Nation*. Anders ausgedrückt: Darf es in einem „fortschrittlichen“ Europa überhaupt noch Nationen wie die Ungarn geben, die ganz klare Vorstellungen ihres historischen, kulturellen und religiösen Erbes haben bzw. darüber, wer zu ihrer Nation gehört (oder sich bemühen darf, dazuzugehören) und wer nicht?

Hier wirken sich freilich auch grundverschiedene historische Erfahrungen aus. Man hat bisweilen den Eindruck, dass die westeuropäischen Nationen müde geworden sind durch das jahrhundertlange



gegenseitige Belauern in einem instabilen Kräftegleichgewicht, die vielen Hegemonialkriege, die Schrecken der Weltkriege, Kolonisierung und Dekolonisierung. Sie fühlen sich schuldig an diesen Ereignissen und machen eigene, westliche Ideen wie den Nationalismus dafür verantwortlich. Ungarn, Polen, Tschechen und Slowaken hingegen waren zu meist selber Spielbälle der Großmächte, ohne eigenen Staat oder fremdbeherrscht. Nach 1945, während die Westler in Freiheit schrittweise die europäische Einigung unter gleichzeitiger Besudelung oder Entsorgung ihrer nationalen Geschichten betreiben konnten, mussten die „Višegrad-Länder“ die sowjetische Diktatur ertragen, wobei sie Religion, Nationalstolz und die Sehnsucht nach Freiheit aufrechterhielten.

Deshalb empfinden sie heute ihre Staaten – genauso wie es im nationalliberalen 19. Jahrhundert gedacht war – als Beschützer ihrer Nation vor „EU-Diktatur“ und der Zwangsbeglückung mit kulturfremden Migranten. Im Grunde steht Europa – überspitzt ausgedrückt – zunehmend vor der Wahl zwischen Merkel und Orbán. Und dies heißt wohl gemerkt nicht, dass man sich komplett mit einem der beiden identifizieren müsste.

Womit wir wieder beim Thema wären:

Wenn europäische Geschichte national oder regional stattfindet, dann gehen die „Merkelisten“ in einen als Fortschritt empfundenen neuen Zustand über,



Nationalismus versus imperialistische Vielvölkeridee: Cover der Wochenendbeilage des Corriere della Sera vom 5. 7. 1914, Bericht über das Attentat von Sarajevo

während die „Orbánisten“ finden, dass der Nationalstaat noch lange nicht erledigt ist, wenn er nicht überhaupt die Vollendung ihrer Geschichte darstellt. Begreifen wir europäische Geschichte als Einheit, kann es langfristig nur in eine Richtung gehen, und wenn wir dann von der langfristigen geschichtsphilosophischen Ebene auf die reale politische Ebene wechseln, bedeutet das mittelfristig sehr wahrscheinlich das Ende der EU, wie wir sie kennen – bis hin zur Möglichkeit eines totalen Bruchs.

Wenn man den Gegensatz zwischen den beiden Optionen unter zyklischen Gesichtspunkten ana-

lysiert, dann wollen die einen im Grunde wieder in eine vor-nationale Zeit eintreten. Das kann aber auch in ein „neues“ Mittelalter führen, wo es zwar keine Nationen mehr gibt, aber auch weder Christentum noch Säkularismus, stattdessen jedoch sehr wohl religiös motivierte Intoleranz und Gewalt, die mit der ungebremsten Einwanderung von Moslems zur Hintertür wieder hereinkommen könnten.

Wünschenswerter erschiene mir da ein *Miniatur-Zyklus* in Form eines Wiedererstarkens des Nationalen, was dazu führen könnte, das an sich gut gemeinte Projekt einer europäischen Einigung zu überdenken und dahingehend nezugestalten, dass nationale Eigenarten geschützt und ergänzend dazu europäische Gemeinsamkeiten betont werden, denn zu diesen gehört neben Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaat, Säkularismus und Christentum eben auch – und laut geplanter EU-Verfassung explizit! – die kulturelle Vielfalt der europäischen Völker.

Verwendete und zur Vertiefung empfohlene Literatur:

D. Engels, Von Platon bis Fukuyama. Biologistische und zyklische Konzepte, Brüssel 2015
David Roberts, The Totalitarian Experiment, New York/London 2005.

Wilhelm Tielker, Der Mythos von der Idee Europa: Zur Kritik und Bedeutung, Münster 2003

„Da! Ein Mensch!“

Von John Hoewer



Wer die Grenzöffnung der Angela Merkel als Startpunkt dessen betrachtet, was man in verwegenen Gehirnen als den „Großen Austausch“¹ bezeichnet, dem kann man wohl, beinahe neidisch, attestieren, ein bis dahin gar unbeschwertes Leben geführt haben zu müssen. Der Spätsommer 2015, in dem das *Heerlager der Heiligen* die unbewachten Grenzen Europas überquerte, war viel mehr die Katalyse einer seit Jahrzehnten anlaufenden Politik der Entortung, der ideologisch nur konsequenten Transformation ganz Europas in eine nicht mehr wieder zu erkennende Menschenmasse.

Am Beginn dieser Entwicklung stand die Zersetzung tradierter Grundsätze organischer Gemeinschaften, sodann folgte deren Überführung in die „bunte und offene Gesellschaft“, also in eine für die realexistierende BRD konstituierende Nicht-Gemeinschaft. Diesem ideologisch kohärenten Vorgang und seiner performativen Logik, dass man ein Volk vor seiner physischen Substituierung erst geistig-sprachlich auflösen müsse, folgte auch die Antragsbegründung der Bundesregierung im NPD-Verbotsverfahren, in der ausgeführt wurde, dass man seitens der Bundesregierung der Ansicht sei, „[die] Zugehörigkeit zum deutschen Volk werde vom Grundgesetz weder als etwas Naturwüchsiges noch als unvermeidliche Konsequenz einer historischen Entwicklung [verstanden]“, weswegen „[...] alle Menschen eingebürgert werden [...] können.“²

Die menschenverachtende „One World“-Ideologie erschafft sich damit, auch im Sinne einer globalen Nutzbarmachung ungebunden Humankapitals, auf ihren Tauschwert reduzierte Einheitsmenschen. *Mensch* ist nur mehr gleich *Mensch*. Vertritt man hingegen die mittlerweile offenbar verfassungsfeindliche (!) Annahme, es gebe so etwas wie einen zivilisatorischen Nexus, also eine überzeitliche Verbindung zwischen dem einer Gemeinschaft entstammenden Menschen, seiner Heimat und der gemeinsamen Überlieferung dieser untrennbaren (?) Kategorien jenseits der Aushändigung staatsbürgerlicher Behördenpapiere, so nimmt das amtliche Grau

in den Tabellen über die demographische Situation in Deutschland rasch den Charakter einer Todesanzeige an. Die nüchtern betrachtete Situation belegt schlicht einen ganz realen „Untergang des Abendlandes“, wobei der Leser selbst angehalten ist, sich nach der Vergegenwärtigung über die quantitative Dimension der angeblichen „Verschwörungstheorie“ eines Bevölkerungsaustausches einmal Gedanken zu dessen allfälliger Umkehrbarkeit zu machen.

Der Ausländeranteil in einigen ausgewählten bundesdeutschen Städten stellt sich derweil wie folgt dar: Berlin: 3,5 Millionen Einwohner (25% Ausländer), Hamburg: 1,8 Millionen (27%), Bonn: 320.000 (28%), Köln: 1,0 Million (31%), Stuttgart: 610.000 (38%), Frankfurt am Main: 680.000 (43%), Leipzig: 530.000 (8%), Dresden: 520.000 (7%), Magdeburg: 230.000 (6 %), Rostock: 200.000 (5%), Potsdam: 160.000 Einwohner (5%).³

Auffällig sind freilich die Unterschiede zwischen west- und mitteldeutschen Städten. Anzumerken ist ferner, dass die Überfremdungstendenzen in letzteren eine relativ neue Erscheinung sind, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der gegenwärtigen Asylpolitik steht.

Der Austausch der städtischen Jugend

Eine vertiefte Dimension erhalten diese Zahlen, erweitert man sie um den Ausländeranteil bei Jugendlichen, wobei das folgende Zitat, das man ein-



Die nüchtern betrachtete Situation belegt schlicht einen ganz realen „Untergang des Abendlandes“, wobei der Leser selbst angehalten ist, sich nach der Vergegenwärtigung über die quantitative Dimension der angeblichen „Verschwörungstheorie“ eines Bevölkerungsaustausches einmal Gedanken zu dessen allfälliger Umkehrbarkeit zu machen.



mal auf sich wirken lassen sollte, einem Beitrag des Nachrichtensenders N-TV entstammt:

„Fast die Hälfte aller Großstadtkinder in Deutschland lebt in Familien mit Migrationshintergrund. In den 14 größten Städten der Republik haben rund 46 Prozent der Kinder und Jugendlichen mindestens einen Elternteil mit ausländischen Wurzeln, teilt das Statistische Bundesamt mit. In ganz Deutschland sind es 31 Prozent.“⁴

Nicht, dass diese Quoten nicht schon per se unfassbar hoch wären. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den signifikanten Unterschied zwischen den Städten der alten und der neuen Bundesländer und dass letztere die gesamtdeutsche Quote erheblich drücken. Bedenken wir weiters, dass der Ausländeranteil in kleineren Städten dabei noch um einiges geringer ist: Unter den Städten, die zwischen 100.000 und 500.000 Einwohner haben und in denen fast jeder zweite (!) Jugendliche schon Ausländer ist, befinden sich nämlich auch folgende Städte: Jena, Potsdam, Rostock, Magdeburg, Halle an der Saale, Chemnitz, Erfurt, und Zwickau. Überdies führt der Bericht in Bezugnahme auf den offiziellen Mikrozensus aus, dass der Anteil ausländischer Jugendlicher *„[in] Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern [...] 36,5 Prozent [beträgt].“*

Auch dazu sei angemerkt, dass sich in dieser Kategorie u.a. folgende Städte befinden: Cottbus, Gera, Schwerin, Dessau-Roßlau, Weimar, Plauen, Stralsund, Greifswald, Görlitz, Neubrandenburg und Brandenburg an der Havel. Wir sehen also, dass durch die ungleichmäßige Verteilung von Ausländern auf West- und Mitteldeutschland die Zahlen allein für die westlichen Städte noch wesentlich höher ausfallen müssen. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Zahlen alle „offiziell“ sind. Und: Sämtliche Zahlen entstammen aus den Jahren 2010/11

oder sind sogar noch älter! Wie sich die Situation in der BRD seitdem entwickelt hat, dürfte bekannt sein.

Zur weiteren Verdeutlichung dieser Entwicklung hilft eine Studie der CDU-nahen Bertelsmann-Stiftung. Eine Studie mit dem Titel *Integration in den 10 größten Städten Deutschlands – Zentrale Trends und Ergebnisse aus dem Wegweiser Kommune* schlüsselt den Anteil von Ausländerkindern in Tageseinrichtungen westlicher Metropolen auf. Demnach ergeben sich folgende Zahlen: In Berlin, in nicht unwesentlichen Teilen eine ostdeutsche Stadt, waren im Jahre 2012 knapp 37% der Kinder in Tageseinrichtungen Ausländer. In Dortmund, München, Köln, Düsseldorf und Stuttgart zwischen 47% und 50%, in Frankfurt am Main schon fast 60%.

Schrittweise Übernahme der Stadtviertel

Bemerkenswert ist dabei folgendes Detail der Erhebung. Entscheidend ist, wer im Sinne der Erhebung als Ausländer gilt. Und ganz besonders: wer nicht als Ausländer gilt! Der methodische Teil der Studie lässt diesbezüglich wissen, dass *„[der] Migrationshintergrund [...] in diesem Zusammenhang definiert [ist] als: Mindestens ein Elternteil ist im Ausland geboren und/oder die vorrangig im Haushalt gesprochene Sprache ist nicht Deutsch. Der Indikator gibt einen Hinweis auf den Bedarf an vorschulischer (Sprach-) Förderung.“⁵*

In der Praxis bedeutet das, dass ein Kind von zwei Afrikanern oder zwei Arabern, die beide in der BRD geboren sind, bereits als „deutsches Kind“ gezählt wird.

Gleiches nehmen wir innerhalb der westdeutschen Städte selbst wahr, in denen Quantität und Qualität der Überfremdung ebenso ungleich



Fast die Hälfte aller Großstadtkinder in Deutschland lebt in Familien mit Migrationshintergrund. In den 14 größten Städten der Republik haben rund 46 Prozent der Kinder und Jugendlichen mindestens einen Elternteil mit ausländischen Wurzeln, teilt das Statistische Bundesamt mit. In ganz Deutschland sind es 31 Prozent.



verteilt sind. In Köln beispielsweise liegt der Ausländeranteil in den Vierteln Braunsfeld, Junkersdorf und Lindenthal bei circa 18%, was für Kölner Verhältnisse ein sehr niedriger Wert ist. Im Gegensatz dazu liegt der Ausländeranteil in Stadtteilen wie Seeberg, Chorweiler oder Finkenbergl bei 61% bis 75%. Auch diese Zahlen sind offiziellen Aussendungen der Stadt Köln entnommen. Konkret stammen sie aus der Studie *Die Kölner Stadtteile in Zahlen*⁶, wohlgernekt



der Ausgabe aus dem Jahre 2009, also aus der Zeit vor dem noch einmal gesteigerten Zuwanderungswahnsinn der Jahre 2014 und 2015 fortfolgend. Die Frage, welche Viertel der genannten nun zu den (noch) schöneren Vierteln gehören und welche längst ghettoisiert sind, ist selbstredend rein rhetorischer Natur. Stilfragen werden sich, sofern sich kein fundamentaler politischer Wandel einstellt, mit dem Abscheiden des letzten Europäers ohnehin überlebt haben.

Auch im Partikularbeispiel Köln ist bei den unter 18-Jährigen der Anteil an Ausländern nochmals wesentlich höher. Selbst im Stadtteil Marienburg, einem der teuersten Stadtteile (mit Villenviertel), liegt der Ausländeranteil bei Jugendlichen schon bei mehr als 40%. Der Ausländeranteil bei Minderjährigen im Kölner Stadtteil Finkenbergl lag 2015 bereits bei rund 93%. Der Stadtteil ist also in naher Zukunft vollständig „deutschenfrei“. Weitere werden gewiss folgen, da die Deutschen höchstens

noch bei der eigenen Auswanderung zu einem lebensbejahenden Ausbreitungstypus neigen werden.

Problematisch ist all das natürlich nur dann, wenn man an den „Mythos der kulturellen Identität“ glaubt oder an die „angebliche Homogenität des Eigenen.“⁷ Oder, um es in den Worten der Bundesregierung zu sagen, an „menschenverachtenden Rassismus“, wie man im politischen Berlin den Wunsch nach einem kleinen Stück eigenen Landes für Deutsche auf der Erde nun offenbar zu nennen pflegt.

1 Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch.

2 Vgl. BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 – Rn. (1-1010).

3 Vgl. Engler, Marcus: Statistik: Migrantenanteil in deutschen Städten wächst (13.11.2012), in: Bundeszentrale für politische Bildung: Newsletter „Migration und Bevölkerung“.

4 o.a.: „Jedes zweite Kind aus Migrationsfamilie“ (20.09.2011).

5 Bertelsmannstiftung [Hrsg]: Integration in den 10 größten Städten Deutschlands – Zentrale Trends und Ergebnisse aus dem Wegweiser Kommune Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf, Dortmund, Essen und Bremen (Stand 2014).

6 Stadt Köln: Die Kölner Stadtteile in Zahlen. 2. Jahrgang (2010), S. 19

7 Hornuff, Daniel: Der Mythos von der kulturellen Identität (05.02.2017) in: deutschlandfunk.de.

Der Untergang ist abgesagt

Von Siegfried Waschnig



Die folgenden Ausführungen reflektieren über Dieter Grillmayers 2017 in der Edition GENIUS erschienenes Buch *Die Dritte Kraft mit neuem Schwung. Österreichs Innenpolitik 2006 – 2016 im internationalen Kontext*. Wer sich im Detail mit der „Geschichte des freiheitlichen Geistes“ in Europa auseinandersetzen möchte, dem sei dieses Werk sehr ans Herz gelegt.

Lange bevor sich Angela Merkels Erscheinen am historischen Horizont abzeichnete, lange auch bevor durch ihre epische Schleusenöffnung der Gegenpol Viktor Orbán auf europäischer Ebene in Erscheinung trat, wurden bereits im 19. Jahrhundert in Österreich die Weichen für den national-freiheitlichen Oppositionsgeist gestellt. Napoleon war geschlagen, das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ lag am Boden und junge „radikale“ Studenten brannten für ihre Forderungen: die Schaffung eines deutschen Nationalstaates und die Etablierung einer Verfassung, die bürgerliche Freiheiten garantiert – beides nach französischem und englischem Vorbild. Sie wollten das enge Kleid der etablierten Herrschaft abstreifen und einer freien, aufgeklärten Gesellschaft den Weg ebnen.¹

Junge freiheitliche „Radikale“ wandten sich gegen das Establishment, verabscheuten die Fake-News der von der Obrigkeit bezahlten „Fürsteneckte“ und lehnten die „Grundsätze und Irrlehren der Zwingherrschaft, Knechtschaft, Unfreiheit, Geheimkrämerei, [...] Unschönheit und Untugend – alle Schmach des Lebens und des Vaterlandes“ entschieden ab. Sie brannten für den Grundsatz: Soviel Staat wie nötig, soviel Freiheit wie möglich!² Zu eng war das Korsett der alten Ideen.

Österreich wurde im 19. Jahrhundert zum Brennpunkt im Kampf um Freiheit und Bürgerrechte. Wiener Studenten entfachten eine Revolution, die bis hinein in die Arbeiterschaft Unterstützung fand.

Es ging ihnen dabei, ganz im Sinne einer europäischen Idee der freien Völker, auch um die Befreiung der Italiener, der Ungarn und der Slawenvölker vom Joch des habsburgischen „Establishments“.³

Naturgemäß ließ sich die Obrigkeit all das nicht lange bieten und verbot die „radikale“ und aufstrebende freiheitliche Bewegung. Doch die Zeit dieser Idee war gekommen. Im Untergrund bildeten sich freisinnige Kreise und Zirkel, darunter Burschenschaften, Gesangs- und Turnvereine. Es brodelte.

Ein neuer Vormärz

Die Zeiten haben sich geändert, die Herausforderungen bleiben die gleichen. Dieses Mal sind es Verfechter der Autokratie, die im Sinne der Nutzfarmachung ungebundenen Humankapitals den Einheitsmenschen anstreben. Es sind diejenigen, die das zunehmende Unbehagen über die fehlgeschlagene Integration bzw. die anhaltende Masseneinwanderung ignorieren oder als irrationale „Ängste“ abtun und offen weiteren Familiennachzug propagieren.⁴ Es sind diejenigen, die wenig empfinden, wenn es um unser historisches, kulturelles und religiöses Erbe geht. Es sind auch diejenigen, die sich einem aufgeklärten freiheitlichen Europa entgegenstellen und sich wie eine monarchische Klasse gebärden. Wieder sind es „Irrlehren der Zwingherrschaft, Knechtschaft, Unfreiheit, Unschönheit und Untugend“, die Widerstand erfordern.



Und wieder einmal sind es freiheitliche Streiter, die im Sinne der aufgeklärten Welt der irrationalen „Mutter“ und ihren verhaltensauffälligen „Kindern“ entgegenhalten. Wieder ist es der freiheitliche Geist, der gegen scheinbar übermächtige Strukturen in die Bresche springt und gegen ein übernationales „Establishment“ ficht.

In Österreich ist der Untergang des Abendlandes vorübergehend abgesagt. Hier wurde der Wunsch nach Freiheit, Verantwortung, Recht, Gerechtigkeit, Frieden, Heimat, Identität, Familie, Wohlstand, nach einem Gleichgewicht von Weltoffenheit und Eigenständigkeit und nach einem Europa der Vielfalt⁵ der Rücken gestärkt und ermöglichte eine freiheitliche Regierungsbeteiligung.

Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben

Die Absage an den Untergang erfolgte aber nur vorübergehend, er ist daher nur aufgeschoben. Denn in erster Linie ist es nicht die Masseneinwanderung, die Europas hellen Stern sinken lässt. Es sind Dekadenzerscheinungen, selektive Toleranz, die nur dem Neuen und Fremden gegenüber zur Pflicht gemacht wird. Es ist der *„Abschied von europäischem Kunst- und Kulturverständnis, das in der griechisch-römischen Antike wurzelt und das durch Humanismus und Aufklärung eine Qualität und Reife erlangt hat, welche sonst höchsten noch im Fernen Osten anzutreffen ist.“*⁶ Politik kann nur (wertvolle und

wichtige) Rahmenbedingungen schaffen, es sind aber die persönlichen Entscheidungen, die Werten und Zielen Nahrung geben.

Was werden wir antworten, wenn uns in spätestens 50 Jahren die Frage ereilt: *„Warum habt Ihr aus falscher Duldsamkeit die Ideale der Aufklärung zugunsten archaischer, radikaler und mit Gewalt gepaarter Gesellschaften verraten und vorgegaukelt, es handle sich nur um marginale Auswüchse einer importierten Kultur, die voll zu respektieren sei?“*⁷ Es ist die persönliche Frage: Was hast du persönlich für die Veränderung getan?

Das Kreuz in der Wahlkabine ist nur ein Schritt zur gewünschten Veränderung, denn Politiker gewinnen Wahlen erst durch das Aufbereiten von bereits vorhandener Stimmungen bzw. Einstellungen⁸ und ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen erfordert verbindliche Regeln und Verfahren, die solche Regeln schaffen.⁹ Damit Demokratie funktioniert, braucht es politisch interessierte, aufgeklärte und kritische Bürger, die als Wähler bewusst ihre Stimme abgeben.¹⁰ Und das bedeutet und erfordert ein „kritisches Du“ und ein „kritisches Ich“.

Freiheitlich sein bedeutet immer auch eigenverantwortliches Handeln. Nähren wir also weiter einen solchen Geist, der sich seinen Weg bahnt zwischen evolutionärer Entwicklung und revolutionärer Veränderung,¹¹ ganz im Sinne des freiheitlich-aufgeklärten Geistes, der in Europa schon so vieles bewirkt hat.

1 Grillmayer: Die dritte Kraft mit neuem Schwung, S. 13f.

2 ebd. S. 14

3 ebd. S. 16

4 Hoewer: Da! Ein Mensch! in Attersee Report (aktuelle Ausgabe), S. 12f.

5 vgl. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ)

6 Grillmayer: Die dritte Kraft mit neuem Schwung, S. 251

7 ebd. S. 251

8 ebd. S. 241

9 ebd. S. 233

10 ebd. S. 235

11 ebd. S. 226

Anything goes

Von Jörg Mayer



Unmittelbar nachdem das österreichische Wahlvolk am 15.10.2017 einer ÖVP-FPÖ-Koalition den Weg geebnet hatte, gab der Verfassungsgerichtshof die Prüfung der „Ehe für alle“ bekannt. Da entsprechende Anträge im Nationalrat jahrelang ohne Mehrheit geblieben waren, verkündete das Höchstgericht am 17.12.2017 die Öffnung der Zivilehe für homosexuelle Partner.

Das ist ein durchaus beachtenswerter Vorgang, hebt der VfGH auf diese Weise ja am 31.12.2018 den mittlerweile seit 1.1.1812 geltenden § 44 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches auf. Als Begründung für diese beispiellose Usurpation von Legislativgewalt liefern uns die Höchststrichter den Gleichheitsgrundsatz, demzufolge Menschen aufgrund personaler Merkmale wie der sexuellen Orientierung nicht diskriminiert werden dürften – eine Interpretation, die noch nicht einmal der sonst so links-aktivistische EGMR teilt.

Es ist schon verwunderlich, wie ein über 200jähriger Paragraph, der unserer Bundesverfassung lange vorausging und seitdem nie als verfassungswidrig angesehen wurde, simsalabim zum Unrecht werden kann. Man fragt sich, durch welch Zauberglas unsere Höchststrichter in der letzten Adventszeit die Homo-Ehe in den Tiefen der Bundesverfassung gefunden haben. Man fragt sich auch, was die Väter unserer Verfassung wohl sagen würden, könnten sie noch erfahren, dass sie mit ihrem Werk angeblich die Abschaffung der klassischen Ehegesetze mitbeschlossen hätten. Und dass für wesentliche Gesetze unseres Landes jetzt nicht mehr der Nationalrat, sondern eine Richteraristokratie zuständig ist, würde sie bestimmt auch überraschen.

Wenigstens war der VfGH-Spruch einer der mittlerweile raren Anlässe, in denen selbst der

sonst zurückhaltende Kardinal Christoph Schönborn zum Katholizismus fand: *„Es ist beunruhigend, dass sogar die Verfassungsrichter den Blick verloren haben für die besondere Natur der Ehe als Verbindung von Mann und Frau. Sie ist wie keine andere Beziehung geeignet, Kinder hervorzubringen, zu hüten und aufzuziehen und damit die Generationenfolge zu sichern. [...] Wenn der VfGH die Einzigartigkeit und damit die juristische Sonderstellung der Ehe verneint, die auf der Unterschiedlichkeit der Geschlechter aufbaut, verneint er die Wirklichkeit.“*

Ob das *Slippery-Slope*-Argument zutrifft, die Öffnung der Ehe würde bald weitere Blüten – von Fragen der Leihmutterschaft bis zur Polygamie – treiben, steht zwar in den Sternen. Und eher unglücklich war auch der Hinweis der Bischofskonferenz im Zusammenhang mit dem Recht auf künstliche Befruchtung für Homosexuelle, Kinder hätten ja ein Recht auf Erziehung durch ihre leiblichen Eltern. Auch in der klassischen Ehe gilt von vornherein als Vater ja nicht der Erzeuger, sondern der Ehegatte der Mutter. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass mit der Änderung der Ehegesetze nicht einfach ein Rechtsinstitut für einen neuen Personenkreis geöffnet wird, sondern dass der Begriff der Ehe selbst verändert wird.

Die Frage ist am Ende damit sogar weniger, ob es in der Macht eines Gerichtes liegen soll, die Bedeutung eines Begriffes zu verändern, sondern ob es überhaupt in der Macht des Menschen liegt, einen Begriff, der mit einem Faktum der biologischen Existenz der menschlichen Gattung korrespondiert, in seinem Inhalt zu verändern. Kann eine Lüge über Bedingungen unserer Spezies ein Recht sein? Das Abendland sagt: ja.



Österreich

Heilige Familie mit dem Vögelchen
Bartolomé Estéban Murillo, um 1650, Museo del Prado Madrid

Ideologische Fronten der Familienpolitik

Von Norbert Nemeth



Im Laufe der Geschichte musste sich die Familie verschiedenste Begriffsbestimmungen zurechnen lassen. Für die einen ist sie die Keimzelle des Staates, für die anderen, wie zum Beispiel für den Jakobiner Francois Noel Babeuf, ist sie ein Gräuel, zumal ihr Erbrecht die Ungleichheit verewige.

In den Regierungsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP war das Thema „Familie“ wenig umstritten. Es ging zu keiner Zeit darum, ob man etwas für sie tue, sondern lediglich darum, wie das Förderungsmodell konkret aussehen soll. Letztlich einigte man sich u.a. auf einen „Familienbonus Plus“, der für jedes Kind jährlich 1.500 Euro Steuererleichterung bringt. Bereits unter Schwarz-Blau I war mit der Anrechnung von Kindererziehungszeiten ein deutliches Signal in dieselbe Richtung gesetzt worden.

Unstrittig ist das Familienbild, von dem die Koalitionspartner dabei ausgehen. Laut dem Regierungsprogramm für die XXVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates sind die *„Familien das Fundament unserer Gesellschaft. Die Familie, geprägt durch die gegenseitige Verantwortung der Generationen und der Partner zueinander, ist der wichtigste soziale Kern jeder Gesellschaft. Familie steht für Kinder, für soziale Sicherheit und für eine wertorientierte Erziehung unserer Jugend. Familien sind dort, wo Kinder leben. Familie gibt Halt, Sicherheit und Geborgenheit in jeder Lebenslage. Wichtige Aufgabe der Politik ist es daher, die erforderlichen Rahmenbedingungen anzubieten, damit die Familien in Österreich weiter gestärkt werden, um den Alltag und die Herausforderungen des Lebens bestmöglich meistern zu können.“*



Diese Definition ist im Wesentlichen eine Fortschreibung jener, die bereits dem Arbeitsübereinkommen der FPÖ mit der ÖVP für Oberösterreich für die Jahre 2015–2021 zu Grunde liegt: *„Familien sind der Kern der Gesellschaft und ein wesentlicher Faktor für das Zusammenleben in unserem Land. Sie erbringen unverzichtbare Leistungen für unsere Gesellschaft. Aufgrund der sich ändernden Gegebenheiten ist den oberösterreichischen Familien Wertschätzung entgegen zu bringen und die notwendige Unterstützung zu gewähren. Die Parteien bekennen sich zu Oberösterreich als familienfreundlichem Land. Das Land Oberösterreich soll eine Vorreiterrolle im Bereich der Familienpolitik übernehmen und bei seiner Arbeit ein Hauptaugenmerk auf die Förderung von Familien legen. Im Rahmen dessen sind Anreize für die Entscheidung zu Kindern und zur Familiengründung zu setzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt dabei eine wesentliche Rolle.“*



Maternité, Mary Cassatt, 1890

Da wie dort, im Bund wie im Land, wird die Rolle der Familien für den sozialen Zusammenhalt unterstrichen. Dass man dabei von der Durchschnittsbetrachtung einer Personengruppe aus Vater, Mutter und Kind(ern) – idealerweise auf Basis des gemeinsamen Ehebandes – ausgeht, wird nicht explizit betont, liegt dem Ganzen aber zu Grunde. Anders wäre der Hinweis auf die „Verantwortung der Generationen“ beziehungsweise auf die „Entscheidung zu Kindern“ nicht zu verstehen. Beide Programme gehen daher unzweifelhaft von einem traditionellen Familienbild aus – ohne die Frage gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zu thematisieren. Tatsächlich sind es nicht die Parlamente, sondern der Verfassungsgerichtshof, der diesen Rechtsbereich „vorantreibt“. Der SPÖ-Abgeordnete Mario Lindner hat im Nationalrat unlängst die „Meilensteine“ der LGBT- Gleichstellungspolitik gepriesen:

„Im Jahr 2002 hat der Verfassungsgerichtshof den letzten Sonderstrafatbestand – da ist es um das Schutzalter gegangen – aufgehoben, 2013 war es das Verbot der Stiefkindadoption, das durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof aufgehoben wurde, 2014 hat der VfGH die gesetzliche Beschränkung hinsichtlich der medizinisch unterstützten Fortpflanzung aufgehoben, und 2017 hat der VfGH die Öffnung der Ehe und die Öffnung der Partnerschaft festgelegt. Interessant ist, dass es immer wie-

der Gerichte waren, die zur besseren Gleichstellung in Österreich beigetragen haben. Jetzt hat der VfGH angekündigt, zum Thema Intersexualität, drittes Geschlecht, ebenfalls eine Prüfung zu machen, und ich gehe davon aus, dass der VfGH auch bei dieser Thematik die Beschränkungen aufheben wird.“

Neomarxismus und Kritische Theorie

Es stellt sich die Frage, woher der permanente Antrieb dieses gesellschaftlich so grundlegenden Wandlungsprozesses kommt. In der neuen Geschichte sind es die Folgen der 1968er-Revolution, deren geistige Väter die *Frankfurter Schule* bildeten. Max Horkheimer, Theodor Adorno, Herbert Marcuse und andere verbanden in den 1930er-Jahren den Neomarxismus mit der Psychoanalyse zur *Kritischen Theorie*, die das Ziel verfolgt, alle traditionellen Ordnungsmuster zu zersetzen. Erst wenn die alte Gesellschaft tot ist, kann eine neue, nämlich eine kommunistische, errichtet werden. Horkheimer bezeichnete die Familie als für das Entstehen des autoritären Verhaltens verantwortlich, weswegen das „konservative Bollwerk“ zerstört und durch gemischte Kommunen ersetzt werden sollte.

Ganz in diesem Geiste präsentiert sich ein historisch sehr interessantes Dokument aus dem Jahre



1975. Damals präsentierte die linksliberale Bundesregierung der BRD einen „Familienbericht“, in dem auch ein *Bericht der Sachverständigenkommission* enthalten war. Dort wird die mangelnde Sozialisationsqualität der Familie bekrittelt und die „Vorstellung vom unstörbaren Elternrecht auf Erziehung“ kritisiert. Daher sollten „Alternativen zu herkömmlichen Organisationsformen der Familie mit besserer Ausbalanciertheit der familiären Machtverhältnisse“ entwickelt werden, zumal *„die Familie in ihrer jetzigen Form das bestehende System sozialer Ungleichheit stabilisiert. [...] Ein radikales Gleichheitsprogramm müßte freilich davon ausgehen, daß nur die vollständige Preisgabe der Familie und damit einhergehend eine totale Kollektivierung der Erziehung die Chance schaffen würde, im Sozialisierungsprozeß den Kindern gleiche Entwicklungsmöglichkeiten anzubieten.“*

Drehen wir das Rad der Zeit weiter zurück, stoßen wir auf Friedrich Engels Klassiker *Über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*. Weniger bekannt dagegen ist der deutsche Anarchist Johann Most (1846-1906). In seinem ebenfalls aus dem Jahre 1884 stammenden Werk *Die Freie Gesellschaft - Eine Abhandlung über Principien und Taktik der kommunistischen Anarchisten* bringt er klar zum Ausdruck, dass die Familie eines jener Hindernisse ist, die überwunden werden müssen, um dem Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen:

„Und wenn diese vollendete Freiheit resultiert aus dem Aufhören der Familienwirtschaft, aus einer nichtfamiliären Erziehungsmethode und aus einer Schadloshaltung der Frau als Gebärerin, so dürfte es ziemlich naheliegend sein, dass auch für eine Ehe im heutigen Sinne des Wortes keine Notwendigkeit mehr existiert. [...] Eine Gesellschaft, wie die von uns erstrebte, kennt aber gar keinen

Zwang, mithin auch das Galeerenthum der Ehe nicht. Freie Menschen werden, je nach ihren gegenseitigen Neigungen, geschlechtlich miteinander verkehren - ein Handeln, gegenüber welchem der Geschlechtsverkehr in der Ehe von heute sich nur als gesetzliche Notzucht erweist.“

Unter dem Strich

Zusammengefasst sind der Linken Ehe und Familie aus folgenden Gründen ein Dorn im Auge:

1. Der ökonomische Aspekt: Im Wege des Erbrechtes wird Vermögen von einer Generation auf die andere übertragen und somit „die Ungleichheit verewigt“.

2. Der autoritäre (archistische) Aspekt: Die Familie produziert jene Einstellungen, die Menschen für blinde Unterwerfung anfällig macht. Sie ist das Abbild einer hierarchischen Gesellschaft: der Vater der König, die Mutter die Königin, die Kinder das Volk.

3. Der sexuelle Aspekt: In einer auf Ehe und Familie basierenden Gesellschaftsordnung können sich Schwule und Lesben nicht frei bewegen. Ihre gesetzlich geschützte Stellung widerspricht der marxistischen Vorstellung der Gruppenehe (Kommune).

4. Der organisatorische (anarchistische) Aspekt: Aufgrund ihrer biologischen Verwurzelung im Untergrund ist die Familie eine Institution von größter Beharrlichkeit und somit letzter Stabilisierungsrest der reaktionären, auf Staaten und Völkern basierenden Welt.

Vor diesem historischen Bogen erweist sich das klare Bekenntnis zur Institution Familie in den Freiheitlichen Regierungs- und Arbeitsprogrammen als weltanschauliches Bekenntnis, das vor dem Hintergrund der libertären Judikatur und dem tagespolitischen Druck linker Medien positiv beurteilt werden muss.

Literatur:

Ph. Buonarroti: Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit, Verlag Dietz, Stuttgart 1909.

Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, tredition Verlag, Hamburg.

Rolf Kosiek, Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen, Hohenrain, Tübingen 2001.

Johann Most: Die freie Gesellschaft, Selbstverlag des Verfassers, 1884.

Richter sein, nicht Politiker

Ein Interview mit Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer



Andreas Hauer ist Professor für Öffentliches Recht und Vorstand des Instituts für Verwaltungsrecht an der JKU in Linz, daneben in vielen weiteren Funktionen, etwa als stellvertretender Vorsitzter des Menschenrechtsbeirates der Volksanwaltschaft, juristisch tätig. Mit den Stimmen der Regierungsparteien ÖVP und FPÖ wurde er am 1.3.2018 vom Nationalrat als Richter für den Verfassungsgerichtshof vorgeschlagen. Trotz einer massiven Kampagne seitens Oppositionsparteien und Medien akzeptierte Bundespräsident Alexander Van der Bellen den Vorschlag und Andreas Hauer wurde am 7.3.2018 von VfGH-Präsidentin Brigitte Bierlein angelobt.

Herr Prof. Hauer, wenn Sie auf Ihre Laufbahn zurückblicken: Wann haben Sie das erste Mal damit spekuliert, einmal als Verfassungsrichter nominiert zu werden?

Reichlich spät: als mir vor ein paar Jahren ein ranghoher Politiker diese Denkvariante eröffnet hat. Ich habe nie meine Arbeit, meine Wortmeldungen oder schriftlichen Beiträge danach ausgerichtet, ob sie in diesem Zusammenhang einmal förderlich wären. Die Spekulation auf das Amt wäre ja auch alles andere als aussichtsreich gewesen. Man bedenke nur, dass erst der Bruch der SPÖ-ÖVP-Regierung im Jahr 2017 den Weg dafür freigemacht hat, dass sich auch die FPÖ in das Nominierungsverfahren einbringen konnte. Das Leben, auch das politische, besteht eben aus vielen Unwägbarkeiten. Mir wäre aber auch bei einem anderen Verlauf nicht langweilig geworden oder gar die Arbeit ausgegangen. Insofern habe ich mir keine Sorgen gemacht.

Die Oppositionsparteien haben sich mit Verve auf Sie eingeschossen, die Regierungsparteien Sie ebenso vehement verteidigt. Hatten Sie erwartet, dass Ihre Nominierung eine politische Kontroverse auslösen würde?

Nun, dass die Kontroverse diese Ausmaße annimmt, habe ich tatsächlich nicht vorhergesehen. Sie hat durchaus mein „Nervenkostüm“ strapaziert, und ich danke all jenen, die mir in dieser aufreihen-

den Zeit den Rücken gestärkt bzw. wertvolle Hinweise zum Umgang mit den Medien gegeben haben. Rückblickend betrachtet erscheint mir die Kontroverse in erheblichen Teilen vorgeschoben bzw. gesteuert. Manche haben meine bisherige Vita durchstöbert und vermeintlich Vorwerfbares öffentlich gemacht. Immer, wenn man vermeintlich bessere Angriffspunkte gefunden hat, hat man die vorhergehenden Vorwürfe sang- und klanglos aufgegeben. Am Ende waren es dann meine Mitgliedschaft beim akademischen Corps Alemannia Wien zu Linz sowie eine zugespitzte Formulierung aus einem 2012 veröffentlichten Vortrag. Mit meiner Nominierung durch den Nationalrat und dessen Akzeptanz durch den Herrn Bundespräsidenten noch am gleichen Tag hat dann auch schlagartig das medial-politische Interesse nachgelassen. Vielleicht habe ich auch ein bisschen Eva Glawischnig zu danken, die dann zur selben Zeit ihr Engagement beim Glücksspielkonzern Novomatic bekannt machte, sodass sich das öffentliche Empörungspotential an anderen Zielscheiben abarbeiten konnte.

Der Bundespräsident hat festgehalten, dass die Freiheit der Wissenschaft auch Kritik an höchstgerichtlichen Urteil umfasse. Warum muss man in Österreich an Selbstverständlichkeiten erinnern?

Das Problem war weniger meine Kritik, die ja – hätte ich sie nur hinreichend akademisch-wissen-



Tatsächlich meine ich aber, dass mein Fall ein wichtiger Prüfstein war: Wäre es gelungen, meine Ernennung aus diesem Grund zu verhindern, hätte das vielen Kollegen signalisiert, besser keine Meinung öffentlich zu vertreten, die quer zu einflussreichen Teilen des Zeitgeistes liegt.



schaftlich verbrämt formuliert – niemanden interessiert hätte, sondern meine gewiss polemische Formulierung. Tatsächlich meine ich aber, dass mein Fall ein wichtiger Prüfstein war: Wäre es gelungen, meine Ernennung aus diesem Grund zu verhindern, hätte das vielen Kollegen signalisiert, besser keine Meinung (die ja hinter vorgehaltener Hand durchaus auch von manchen ähnlich formuliert wird) öffentlich zu vertreten, die quer zu einflussreichen Teilen des Zeitgeistes liegt. Indem dies aber nicht gelungen ist, sollte mein Fall Mut geben, den Kaiser auch einmal als nackt zu bezeichnen, ohne gleich um die Karriere fürchten zu müssen.

Bei den Anhörungen für die vakanten Sitze gab es Dutzende Kandidaten. Sind solche 15-Minuten-Hearings wie in Österreich nicht eine Farce?

Man muss bei der politischen Bewertung der Anhörung in Österreich schon mitbedenken, dass die Verfassung dazu ja nicht verpflichtet. Der Nationalrat und der Bundesrat hätten – so wie es die Bundesregierung getan hat – auch ohne Anhörung entscheiden können. Die parlamentarische Mehrheit hätte also darauf von Rechts wegen problemlos verzichten können. Aber alle rund 40 Bewerber, welche die formalen Voraussetzungen erfüllt haben, wurden gehört. So gesehen sind die Anhörungen ein freiwilliges Zugeständnis an die Transparenz, das umso höher zu veranschlagen ist, als es die Kapazität vieler Abgeordneter für mehrere Tage in Anspruch genommen hat.

Die Besetzung von Höchstgerichten kann langfristig eine transformatorische Macht über die Gesellschaft ausüben. Dwight D. Eisenhower hat einmal gesagt: „Ich habe in meiner Amtszeit zwei Fehler gemacht. Beide sitzen jetzt am Höchstgericht.“ Er bezog sich damit auf Earl Warren und William Brennan, die eine Ära des

linken juristischen Aktivismus in den USA einleiteten. Gewähren Sie uns einen Einblick in Ihre Rechtsphilosophie?

Ich sehe mich als Pragmatiker. Die Rechtsordnung ist nicht dazu da, damit etwa die Rechtsgelehrten ihre intellektuelle Brillanz unter Beweis stellen oder damit Richter ihre Weltsicht anderen auferlegen können, sondern ein menschengemachtes Regelwerk, welches das Zusammenleben möglichst günstig organisieren soll. Ich habe daher auch dem Nationalrat bzw. dem Bundesrat bei meiner Anhörung ganz klar gesagt: Rechtspolitik zu machen ist meines Erachtens Aufgabe des Parlaments, das sich dafür ja auch in regelmäßigen Abständen dem Volk verantworten muss. Aufgabe von Höchstgerichten ist es hingegen, bestehendes Recht anzuwenden und nicht selbst Rechtspolitik zu betreiben. Auch wenn diese Gegenüberstellung idealtypisch und daher in der Realität nicht immer reinlich zu verwirklichen ist, sollte man sie immer im Auge behalten. Und eben weil die Rechtsauslegung nicht wie die Lösung einer mathematischen Gleichung immer nur zu einem, dem einzig richtigen Ergebnis führt, halte ich es für wichtig, dass sich in einem Höchstgericht wie dem Verfassungsgerichtshof auch die Meinungsvielfalt, die im Wahlvolk vorhanden ist, zu einem gewissen Maß widerspiegelt. Das stärkt – glaube ich – auch die Akzeptanz der Entscheidungen.

Das Ringen zwischen den Gewalten ist so alt wie die Gewaltenteilung, ja ein Zweck derselben. Nun ist Kritik an der Gesetzgebung und der Verwaltung wohlgeübt, an der Gerichtsbarkeit, vor allem sobald es um Menschenrechte geht, gilt sie als Sakrileg. Machen wir unsere Richter zu neuen Hohepriestern?



Rechtspolitik zu machen ist meines Erachtens Aufgabe des Parlaments, das sich dafür ja auch in regelmäßigen Abständen dem Volk verantworten muss. Aufgabe von Höchstgerichten ist es hingegen, bestehendes Recht anzuwenden und nicht selbst Rechtspolitik zu betreiben.



Den quasi-religiösen Vergleich, den Sie ziehen, haben tatsächlich auch schon Juristen in Fachzeitschriften angestellt, etwa in der Schweiz. Ich darf Hansjörg Seiler zitieren, der im Jahr 2014 in der Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins wörtlich seinen Eindruck von einer „zunehmenden Sakralisierung des Rechts“ zum Ausdruck gebracht hat. Während nämlich aus dem parlamentarischen Meinungsstreit eine Rechtsregel hervorgehe, „die zwar Verbindlichkeit beansprucht, aber nicht Richtigkeit“, beanspruche der „richterliche Entscheid im Menschenrechtsstaat [...] auch Richtigkeit“. Während daher parlamentarische Gesetze – so Seilers Analyse weiter – frei kritisiert werden könnten, laufe, wer die demokratisch vergleichsweise minder legitimierte Judikatur kritisiere, Gefahr, „als Gegner der Menschenrechte, der außerhalb des Legitimen steht“, zu gelten. Wenn diese Analyse Seilers zutreffen sollte, dann liegt darin im Angesicht des demokratischen Prinzips, das nicht von ungefähr gleich im ersten Artikel der österreichischen Bundesverfassung postuliert wird, gewiss eine feine Ironie.

Gesetzt, dass alle wesentlichen Frage unserer Rechtsentwicklung heute ohnehin durch EU-Verordnungen oder Höchstgerichtsurteile entschieden werden: Müsste jemand, der aus einem despotischen Land zu uns reist, nicht in „Gelimers Gelächter“ ausbrechen, wie es der besiegte Vandalenkönig in Byzanz anstimmte, als er die Fassade durchschaute? Anders gefragt: Lässt sich unsere Demokratie aus dem Wortschwall der internationalen Verträge je wieder befreien?

Das mittlerweile sehr enge Korsett völkerrechtlicher Verträge in Verbindung mit der Art, wie sie interpretiert werden, sehe ich wie Sie. Theoretisch sind

zwar die meisten Verträge kündbar, realpolitisch dürfte das aber nicht so einfach sein: In der Innenpolitik sind die damit verbundenen Probleme nur schwer vermittelbar und es droht der schon angesprochene Vorwurf, ein „Gegner der Menschenrechte“ zu sein. Außenpolitisch wären zumindest zum Teil ebenfalls Turbulenzen nicht ausgeschlossen. Man wird also sehen müssen, wie sich die Dinge entwickeln.

Oliver Wendell Holmes soll einmal auf den enthusiastischen Ruf „Schaffen Sie Gerechtigkeit, Richter!“ ernst geantwortet haben: „Es ist nicht meine Aufgabe, Gerechtigkeit zu schaffen. Es ist meine Aufgabe, das Gesetz anzuwenden.“ Teilen Sie diese harte Maxime?

Mit diesem Bonmot wird der Umstand angesprochen, dass positives Recht, das den Richter bindet, nicht unbedingt mit den Gerechtigkeitsvorstellungen jedermanns übereinstimmen muss. Und es ist eine naive Sichtweise zu glauben, der Richter habe unbegrenzt Spielraum, um im Sinne König Salomos Gerechtigkeit walten zu lassen. Einmal ganz abgesehen davon, dass wir uns auch nicht darauf einigen können, was überhaupt in jedem Fall „gerecht“ ist. Dennoch schwingt mir zu viel Kaltschnäuzigkeit in diesem Ausspruch mit. Eine Rechtsordnung, die sich in Widerspruch zum Gerechtigkeitsgefühl der Mehrheit setzt, wird langfristig nicht bestehen können.

Glauben Sie persönlich, dass es möglich ist, wieder zu einer Form der richterlichen Selbstbeschränkung zurückzukehren und das politische Mitmischen – Stichwort Ehe-Gesetze – sein zu lassen?

Auch hier gilt der alte Kalauer: Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Ich meine aber auch hier, dass es in der Natur der Sache liegt, dass ein Pendel wieder zurückschwingt.

Tu felix Austria!

Von Jörg Mayer



In medias res: Mit der FPÖ in Regierungsverantwortung sind freiheitliche Kompetenzträger an die Schlüsselstellen der Republik gelangt, in Ministerien, Ratskollegien, Staatsbetriebe usw. Es ist naheliegend, dass es sich dabei hauptsächlich um Akademiker handelt, von denen viele wiederum traditionell in Studentenverbindungen korporiert sind. Für die feindselig gesinnte Medienlandschaft bietet das ein gefundenes Fressen, die FPÖ und die „Burschenschaften“ gleichzusetzen.

Das ist doppelt problematisch: Die FPÖ ist eine Partei und daher einem konkreten Programm verpflichtet, die Korporationen dagegen sind weltanschaulich vielfältig und per se unparteilich. Gleichzeitig kann für Vereine nicht der enge Meinungskorridor gelten wie für Parteien im politischen Wettbewerb. Die Verquickung beider Welten, von Parteipolitik und Vereinsleben, sorgt berechtigterweise auf beiden Seiten für Verstimmung – umso wichtiger erscheint heute eine Abgrenzung der Korporationen von der FPÖ und vice versa.

Dabei besteht freilich ein gewisses Risiko: Ein Oppositionsgeist um seiner selbst willen wäre gerade im Vorfeld der Politik, wie ihn etwa die betont politisch gesinnten Burschenschaften einnehmen, bedenklich. Jahrzehntelange Ausgrenzungspolitik birgt immer die Gefahr, dass der Ausgegrenzte sich schließlich über sein Ausgegrenzt-Sein zu definieren beginnt. Der Impetus, gegen das sogenannte „Establishment“ zu agitieren, ist so oft nur die Idealisierung der eigenen Außenseiterposition und der damit verbundenen Schwäche und Ineffektivität.

Die FPÖ und die Burschenschaften haben hier insofern großes Glück, als durch die penible mediale Beobachtung allzu radikalen Elementen stets ein

Riegel vorgeschoben wurde. Das darf man den Medien durchaus danken, gerade als umgekehrt deren allzu wohlwollende Berichterstattung den Niedergang der Grünen sicherlich beschleunigt hat. Wenn eine Partei von den Medien nur gehätschelt wird und sich jeden linksradikalen Exzess erlauben darf, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Inkompetenten und Radikalinskis dort in die maßgeblichen Positionen aufgerückt sind und den politischen Exitus herbeiführen.

Mit dem Ausscheiden der meisten Grünen aus dem österreichischen Nationalrat ist freilich die Situation eingetreten, dass es wieder eine starke außerparlamentarische radikale Linke gibt, die ihren Zorn sicher noch zum Ausdruck bringen wird. Politische Machtlosigkeit ist – an allen Narrensäulen der Gesellschaft – stets eine gute Nährlösung für den Ungeist der „Revolutionäre“, denen stets mehr an der Verwirklichung ihrer eigenen Einbildungen als am allgemeinen Wohl gelegen ist.

In diesem umstürzlerischen Sinne ist die neue österreichische Regierung gerade keine „Revolution“. Ihr geht es weder um eine Demontage des Staates noch um einen Brachialumbau der Verfassung – vielmehr gerade um die Restauration der republikanischen Ordnung, die Wiederherstellung der nationalen Souveränität und die Rückkehr zur wirtschaftlichen Vernunft. Republiken können nur dann dauerhaft bestehen, wenn sich in regelmäßigen Abständen beherzte Politiker finden, die ihre Fundamente erneuern. Österreich ist in einer glücklichen Lage, dass mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache ein kongeniales Duo zusammengefunden hat, das dazu willens ist.



International

Wo sind die klassischen Liberalen?

Ein Interview mit Dr. Barbara Kolm



Barbara Kolm ist die wohl bekannteste Ökonomin Österreichs. Seit 2000 wirkt sie u.a. im *Friedrich August von Hayek Institut* in Wien. 2016 verlieh ihr die *US Chamber of Commerce*, der größte Unternehmensverband der Welt, den *IP Champion Award for Excellence in Advocacy*. Im *Newsmax*-Ranking der 100 einflussreichsten „Libertarians“ weltweit nimmt sie gegenwärtig den 64. Rang ein – als eine von nur 15 Frauen insgesamt und als Bestgereichte unter allen Europäern.

Frau Dr. Kolm, auf einer Skala von Joseph Schumpeter über Ludwig von Mises bis Murray Rothbard: Wo steht Barbara Kolm?

Interessant, dass Sie gerade diese drei Intellektuellen nennen und nicht etwa bei John Stuart Mill, Alexis de Tocqueville, John Locke oder früher ansetzen. Für Schumpeter war individuelle Freiheit die Voraussetzung unternehmerischen Handelns und jeglicher Innovation. Er nahm diese Freiheit als gegeben an. Für Mises dagegen, den Pragmatiker, war zentral, dass der Liberalismus *nicht* die „Heilsversprechungen“ anderer Gesellschaftsordnungen anbietet. Sein Liberalismus bediente sich der Marktwirtschaft nur, denn er beschränkte sich auf die „rechtliche Befriedung aller Wünsche, die durch die Bereitstellung von Dingen der Außenwelt befriedigt werden können“, und war frei von „seelischen und metaphysischen Bedürfnissen“. Rothbard wiederum ging in seiner „Ethik der Freiheit“ davon aus, dass die Ökonomie nicht ausreicht, um zu rationalen politischen Entscheidungen zu



kommen, und ergänzte diese daher um eine rationale Ethik des politischen Handelns und des rechten Gebrauchs der Gewalt. Sowohl Mises als auch Rothbard lehnten, obzwar aus unterschiedlichen Gründen, das Konstrukt des gegenwärtigen Staates ab, auch wenn dieser in seiner idealen Form ein Garant für die Rechtsstaatlichkeit und damit für ein wesentliches Merkmal jeder liberalen Gesellschaft ist. Ich halte es hier lieber mit Friedrich August von Hayek, der in seiner *Verfassung der Freiheit* über die liberale Gesellschaftsform ausführte, dass sie die Partei des „Lebendigen“ darstellt, die für freies Wachstum und spontane Entwicklung eintritt.

In seinem Schlüsselwerk *Capitalism and Freedom* bemerkt Milton Friedman, dass die sogenannten „Liberalen“ des 20. Jahrhunderts den Staatsinterventionismus wiederbelebt haben, gegen den klassische Liberale einst ankämpften. Die Erben des Liberalismus seien in Wahrheit jene, die man heute „Reaktionäre“ schimpfe. Pflichten Sie ihm bei?

Ja, denn in diesem Werk erklärt er, dass der Staat als Instrument zu sehen sei, das den Bürgern hilft ihre eigenen Ziele zu erreichen. Er beschreibt eine funktionierende Gesellschaft, die auf individueller Freiheit und privatem Eigentum beruht. Ähnlich wie Hayek in seinem *Methodologischen Individualismus* geht er davon aus, dass nur der Einzelne denkt und handelt, nicht aber der Staat. Daher wird nur so Nutzen und Mehrwert für alle geschaffen. Fehlentwicklungen wie Papiergeldmisswirtschaft (QE), hohe Staatsquoten, unfinanzierbare Sozialprogramme, drückende Steuerlast etc. sind die Folge, wenn Unternehmen mit ihren Arbeitnehmern nicht mehr „Dienst am Kunden“ leisten dürfen. Wenn Wohlstand aus politischer Korrektheit – ich nenne es: Gutmenschentum – ineffizient umverteilt wird und wir Leistung auf dem Altar der Gerechtigkeit opfern, dann lese man Friedman. Schon Hayek hat 1944 sein Werk *Der Weg zur Knechtschaft* den Sozialisten in allen Parteien gewidmet und warnte vor den Gefahren des Kollektivismus und Totalitarismus.

In den Vereinigten Staaten nennen sich klassische Liberale mittlerweile „libertarian“. Gefällt Ihnen diese Terminologie oder bleiben Sie – wie Friedman zeitlebens – beim altgewohnten „liberal“?

Den altgewohnten Terminus „liberal“ kann man im Amerikanischen Raum heutzutage nicht mehr verwenden, denn unter „liberal“ wird dort „links der Mitte“ verstanden. Deshalb verwenden alle *Austrian Economists* oder jene, die sich dieser Tradition verbunden fühlen, den Terminus „classical liberal“. Das gefällt mir auch persönlich besser, denn es verbindet mit der Geschichte des europäischen Liberalismus und kommt dem Begriff „libertarian“ näher.

Für klassische Liberale steht fest, dass eine freiheitliche Gesellschaftsordnung auf einer freien Marktwirtschaft fußen muss. Wie würden Sie auf die marxistische Gegenthese antworten, dass eine „wirklich freie“ politische Willensbildung des Individuums nur auf Basis der Subsistenzwirtschaft oder eines Grundeinkommens erfolgen könne?

Freiheit ist in einem hohen Maße von Unabhängigkeit bedingt, keine Frage. Durch rechtsstaatliche Regeln kann und soll man auch jenen zu Freiheit verhelfen, die wirtschaftlich abhängig sind. Inwieweit die „moralische Abhängigkeit“ dann die freie Meinungsbildung beeinflusst, ist eine Frage des innergesellschaftlichen gegenseitigen Respekts und der jeweiligen Persönlichkeit. Grundsätzlich bin ich davon überzeugt, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus die besten Voraussetzungen dafür sind. Klar ist auch, dass ein Grundeinkommen die Produktivität eines Wirtschaftsstandortes zerstört, das Verschwinden des Niedriglohnsektors fördert und die Arbeitslosigkeit vergrößert.

Aber ist der Mensch im Kollektiv denn überhaupt fähig, den sozialistischen Versuchungen von „Brot und Spielen“ und der Massengesellschaft zu widerstehen?

Absolutismus und Sozialismus haben etwas gemeinsam: die Arroganz der Eliten zu glauben, besser als die Betroffenen zu beurteilen, was für sie gut ist. Um genau diesen Verlockungen der Umverteilung,



der zentral gelenkten Planwirtschaft, der Idee, dass der Staat alles besser wisse, zu widerstehen, muss man das Konzept der Eigenverantwortung wiederentdecken, das durch die Umverteilungsmentalität der letzten Jahrzehnte massiv untergraben wurde.

Sind wir dann der Freiheit überhaupt ein Stück nähergekommen, seit Immanuel Kant in der *Metaphysik der Sitten* das Recht als Inbegriff der Bedingungen definierte, „unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetz der Freiheit zusammen vereinigt werden kann“?

Freiheit ist kein Gut, das man einmal erringt und dann besitzt. Sie muss ständig verteidigt werden und ist ständig neuen Bedrohungen ausgesetzt, die oft erst dann erkannt werden, wenn schon Opfer zu beklagen sind. Wenn an einer Front Fortschritte gemacht werden, dann sind sehr wahrscheinlich andernorts Rückschritte passiert. Die Freiheit ist eine zarte Pflanze, die wir alle zu hüten haben, das hört nie auf.

Die freiheitliche Rechtskonzeption postuliert, dass eine über dem positiven Recht stehende Ordnung anerkannt wird, die den Gesetzgeber anweist, sich bei der Gestaltung des positiven Rechts von der Idee der Würde des Menschen leiten zu lassen. Muss dieses liberale Konzept – Stichwort Menschenrechte – nicht reißen, sobald es überstrapaziert wird?

Nun, es liegt in der Natur der Sache, dass Kompromisse eingegangen werden müssen. Das angestrebte Ideal muss dennoch die unanfechtbare Würde aller Menschen bleiben: dass wir als „Eigner unser selbst“ und als vernunftbestimmte Wesen unsere Lebensziele und unser Glück selbst suchen dürfen und müssen.

Ist dann die Idee der globalen migrantischen Zivilgesellschaft mit liberalen Ordnungsvorstellungen vereinbar – oder bleibt sie eine kommunistische Utopie? Finden sich hier nicht Liberale auf beiden Seiten der Front?



Dr. Barbara Kolm

Ja, hier scheiden sich die Geister. Das Prinzip der Eigenverantwortung ist in meinen Augen auch hier vorrangig: Wenn ich durch Altruismus meine eigenen Lebensbedingungen verschlechtere, dann wird mein gutes Werk auf lange Sicht auch dem Nutznießer nicht in der erhofften Weise helfen. Darüber hinaus ist auch in einer globalen Gesellschaft Integration eine Grundvoraussetzung, um Migration erfolgreich zu bewerk-

stelligen.

Sehen Sie also eine Hoffnung, dass liberale Prinzipien in der EU wieder Einzug halten? Einerseits steckt die kontinentale Sozialdemokratie in einer tiefen Krise, andererseits zieht die Politik der offenen Grenzen dem Nationalstaat als Garantiemacht geordneter Freiheit den Boden unter den Füßen weg.

Die Geschichte der Nationalstaaten hat uns gelehrt, dass dieses Konstrukt kein einfaches ist – dennoch scheint es das beste zu sein. Ganz allgemein glaube ich an Pendelbewegungen. Wir täten gut daran, extreme Ausschläge zu dämpfen und aus der jeweiligen Pendelbewegung das Beste in der Mitte zu sammeln. Mit Nachdruck sind anarchistische Strömungen – ob links oder rechts der Mitte – zu bekämpfen. Die Demokratie bleibt die Staatsform, die dem Ideal der Rechtsstaatlichkeit am nächsten kommt. Und wenn sich die EU wieder auf ihre Grundideen, nämlich die vier europäischen Grundfreiheiten kombiniert mit dem Subsidiaritätsprinzip besinnt, dann ist – überspitzt formuliert – die Gefahr der zentral gelenkten Planwirtschaft aus Brüssel gebannt.

In Österreich sind die Grünen aus dem Nationalrat geflogen, NEOS verstehen sich als liberale Kraft, selbst die SPÖ scheint unter Christian Kern trotz klassenkämpferischen Untertönen einige Schritte Richtung wirtschaftspolitische Vernunft gegangen zu sein. Werden Österreichs Linke wieder liberaler?

Die Linken waren nie liberal, auch nicht als sie 1848 mit den Liberalen auf die Barrikaden gestie-



2018 feiert das *Austrian Economics Center*, das von *Dr. Barbara Kolm* gegründet wurde und sich der Österreichischen Schule der Nationalökonomie verpflichtet fühlt, sein 10-jähriges Bestehen – und damit zugleich seine wachsende weltweite Bedeutung. So erzielte das Institut in einem internationalen Ranking von rund 8000 Denkfabriken dieses Jahr in der Kategorie *Best Independent Think Tank* den 21. Rang weltweit und damit die beste Platzierung aller unabhängigen österreichischen Denkfabriken.



gen sind. Die Linken sind Kollektivistinnen, die sich jetzt maximal aus reinem ökonomischen Zwang zu einer minimalen Dosis Marktwirtschaft und einigen Reformen halbherzig bekannt haben. Umgesetzt haben sie das in Österreich nicht. In wirtschaftlicher Sicht halte ich die NEOS für durchaus markoliberal, gesellschaftspolitisch sind sie es wohl nicht. Da haben sie mehr Ähnlichkeit mit Heide Schmidt & Co.

Die neue Bundesregierung arbeitet bislang sehr harmonisch. Die FPÖ ist zwar eine neue Arbeiterpartei geworden, lehnt aber den Klassenkampf ab. In der „neuen“ ÖVP wiederum scheint sich der liberale Reformflügel gefunden zu haben. Erwarten Sie eine Renaissance des Liberalismus in Staats- und Wirtschaftspolitik?

Die FPÖ verbindet unter der Führung Heinz Christian Straches die soziale Verantwortung mit den Prinzipien der Leistung und Eigenverantwortung – und erlaubt somit Unternehmern, Freiberuflern und Selbständigen wieder selbstbestimmt Risiko zu übernehmen. Es ist natürlich keine leichte Übung, die Folgen der Bildungs- und Gesellschaftspolitik der letzten 40 Jahre zu bekämpfen, durch die heute Privilegien als Rechte empfunden und Pflichten abgelehnt werden. Dennoch hat diese Regierung die Pflicht, gegen diese Fehlentwicklungen vorzugehen, sie zu benennen und gegen den Mainstream auch aufzulösen.

Die USA haben unter Donald Trump die Unternehmens- und Einkommenssteuertarife massiv gesenkt. Auch die Repatriierung von im Ausland geparkten Vermögen steht bevor. Wie muss Europa reagieren, um im Standortwettbewerb nicht abgeschlagen zu werden?

Die europäischen Staaten müssen endlich strukturelle Reformen angehen und die EU einer radikalen Reformkur unterziehen. Es gilt, die übergeordnete Bürokratie der Union auf jenes Maß zu bringen, das den gemeinsamen Zielen dient: weg von der *One-size-fits-all*-Politik hin zu einem subsidiären, auch untereinander im Wettbewerb befindlichen Europa. Steuerersenkungen sind vor allem in Westeuropa ein Gebot der Stunde, um für den Staatshaushalt gewinnbringende wirtschaftliche Impulse zu setzen. Genau das exerziert Trump vor. Wenn Europa nicht folgt, sinkt die Attraktivität des Standorts. Das zu Gunsten einer fragwürdig motivierten Forderung nach Gerechtigkeit im Steuersystem zu riskieren, wäre fahrlässig.

Wo sehen Sie Österreich am Ende dieser Legislaturperiode?

Unabhängig von den Entwicklungen in Europa erwarte ich in den nächsten Jahren sehr positive Veränderungen in Österreich. Die Aufbruchsstimmung und Hoffnung auf Veränderung ist sowohl bei Bürgern als auch in der Wirtschaft zu spüren, Bund und Länder werden in den Bereichen Standort, Gewerbe, Ausbildung und Arbeitsrecht deutliche liberale Akzente setzen. Wenn wir uns dazu auch in Europa unter der Klammer der Subsidiarität auf regionaler, nationaler wie supranationaler Ebene auf Werte wie den Schutz des Eigentums und der individuellen und unternehmerischen Freiheit besinnen, wenn wir Wettbewerb als Entdeckungsverfahren für eine innovative Gesellschaft umsetzen, Gerechtigkeit im Sinne von Rechtsgleichheit vor dem Gesetz verstehen, Vertragstreue einfordern und zu den Konsequenzen des eigenen Handelns stehen, dann werden wir ein hohes Maß an Lebensqualität und Wohlstand zugelegt haben.

Renaissance versus Brauchtumspflege

Von Gerhard Rihl



Es ist ein Wesensmerkmal der zeitgenössischen Kunst, antitraditionalistisch zu sein. Dies ist vor allem ein linkes Paradigma, was auch seine Logik hat. Als sich jene weltanschaulichen Strömungen zu dem verfestigten, was im Laufe der Zeit mit dem Begriff der politischen Linken umschrieben wurde, richtete sich dies gegen tradierte, monarchistische Herrschaftsformen. Eine Abkehr von etablierten gesellschaftlichen Mustern konnte durch die Mystifizierung des Traditionsbruchs kulturell gut untermauert werden. Außerdem besaß kreatives Schaffen schon immer das Element der Veränderung als wichtigen Wesensbestandteil.

Die Linke hat die Wichtigkeit von Kultur als Propagandainstrument schon vor langer Zeit erkannt und setzt diese als solches virtuos ein – ganz anders als die Rechte. Dementsprechend ist es schon seit vielen Jahrzehnten ein Paradigma der Kunst, antitraditionalistisch zu sein – es wird einem Kunststudenten, so wie auch ich es seinerzeit war, vom ersten Tag an eingeimpft.

Nun ist es in ganz Europa eine der Lieblingsbetätigungen der Rechten, den Untergang der abendländischen Kultur zu beklagen. Dabei ist sie selbst dafür in hohem Ausmaß mitverantwortlich, denn sie hat sich vor allem seit Mitte des 20. Jahrhunderts weitgehend aus dem Gebiet der zeitgenössischen Kultur zurückgezogen und sich auf weit kleinformatigere Felder wie etwa die Brauchtumspflege beschränkt. Große Kunstströmungen – also solche, die weit über ihre Epoche hinaus Bedeutung behielten – waren jedoch immer Erneuerungen. Das gilt auch für jene, bei denen Tradition eine wesentliche Rolle gespielt hat: Es war die wesentliche Leistung der Renaissance, aus der Wiederentdeckung der Antike

heraus etwas Neues und Eigenständiges zu machen. Ebenso verfuhr die Romantik in ihrer Besinnung auf das deutsche Mittelalter – ihre wesentliche Leistung bestand darin, aus dem kulturellen Erbe eine für die damalige Zeit völlig neue, geradezu avantgardistische Ästhetik zu generieren.

Tradition und Fortschrittsgeist sind also weit besser vereinbar, als viele meinen. Doch es ist sinnlos, die Linke dafür verantwortlich zu machen, dass jene zeitgenössische Kunst, die auf internationaler Ebene Beachtung findet, zumeist aus einer linken, antitraditionalistischen Haltung heraus geschaffen wird. Wenn man der Linken das Feld überlässt ist das nun einmal zwingend der Fall.

Viele Kunststudenten sind anfänglich nicht unbedingt links. Da den meisten jedoch schnell klar wird, dass Unterstützung, welcher Art auch immer, fast nur vom linken Lager zu erwarten ist, richten sie die Konzepte ihres Schaffens ebenso schnell auf dieses aus. Da Kultur einen wichtigen Prestigefaktor für wohlhabendes Publikum darstellt und sich diese geistig nun einmal fest in linker Hand befindet, gehört sich links zu geben schon seit geraumer Zeit zum guten Ton der Eliten, an denen sich wiederum der Mainstream seit jeher orientiert. Damit schließt sich der Kreis.

Abgesehen davon: Alte Kultur ist wunderschön, doch war schon immer das Neue am aufregendsten. Will die Rechte eine Renaissance der abendländischen Kultur erreichen, so wird das nur gelingen, indem sie erkennt, dass eine echte Wiedergeburt immer auch eine Erneuerung ist und in weiterer Folge zeitgenössische Kultur irgendwann einmal auch von rechter Seite ernsthaft gefördert und mit ihren Inhalten gefüllt wird.



Feuilleton

Das Martyrium des heiligen Markus (Ausschnitt: Gruppe von Orientalen und Venezianern),
Giovanni Bellini, vollendet 1521, Scuola di S.Marco



Sittenkonflikte in multiethnischen Gesellschaften

Von Archi Tecturus



Haben Sie schon einmal versucht, ein Hemd zuzuknöpfen, bei dem ein Knopf im falschen Loch steckt? Sehen Sie, es geht nicht. Man muss das Hemd aufknöpfen und neu zuknöpfen. So verhält es sich auch mit einem Weltbild. Es gibt jedoch eine viel häufigere Methode, mit dieser Lage umzugehen: Man erhebt sein schief geknöpftes Hemd zur einzig richtigen Art, Hemden zu knöpfen. Dann bringt man alle dazu, ihre Hemden ebenso schief zu knöpfen. Natürlich darf niemand darüber reden, dass es unter den Achseln zwickt.

In einem solchen Fall hat man es mit einer Religion oder Ideologie zu tun. An der Art, wie jemand sein Hemd falsch zuknöpft, erkennt man nun, was er isst, was er trinkt, was er denkt (und vor allem was nicht), was ihn freut, was ihn ärgert und was er als Nächstes sagen wird. Man kann mit solchen Menschen hervorragend darüber streiten, welcher Knopf in welches Loch gehört, aber niemals über glatte Hemden.

Und da es unzählige Arten gibt, Hemden falsch zu knöpfen, gibt es unzählige Religionen und Ideologien. Und da alle ihre Anhänger leugnen müssen, dass sie falsch geknöpfte Hemden tragen, sind sie entsprechend wütend aufeinander. Und doch eint sie ein großer, gemeinsamer Hass: der auf die mit den glatten Hemden.



Multikulturelle Konflikte – Multikulturalismus ist die dem Gedankenkreis der *Politischen Korrektheit* angehörende, traumhafte Vorstellung des glücklichen Zusammenlebens von Menschen aller Länder in unserem Land und auf unsere Kosten, verbunden mit der gegen allen Augenschein behaupteten Gleichwertigkeit aller Kulturen, gestört allein durch die Selbstsucht derer, die für das alles enteignet werden sollen. Wie die meisten öffentlichen Auseinandersetzungen ist die über den sogenannten Multikulturalismus eine religiös-ideologische Streitfrage. Mit anderen Worten: Hier reden lauter Leute mit schief geknöpften Hemden darüber, auf welche Weisen ein Hemd schief geknöpft werden darf, soll oder muss. Die Kampfbegriffe kommen dabei rasch, dicht und tief geflogen, aber sobald man nachfragt, erkennt man schnell, dass keiner auch nur die leiseste Ahnung hat, wovon er spricht. Daher scheint es geboten, einmal die Begriffe gesellschaftlicher Fragen sauber zurechtzulegen:

Tatsachen sind alles, was der Fall ist.

Meinungen sind Vorstellungen, die nicht auf Tatsachen beruhen.

Wissen ist die Kenntnis von Tatsachen.

Glauben ist die Behauptung von Einbildungen.

Wissenschaft ist ein Weltbild, das auf Wissen beruht.

Unwissenschaften sind Gedankengebäude, die auf Glauben beruhen.

Ideologie ist eine auf das Leben bezogene Unwissenschaft mit Wahrheitsanspruch.

Religion ist eine auf den Tod bezogene Unwissenschaft mit Wahrheitsanspruch.

Fug und Unfug – Der Ideologe unterscheidet nicht wahre und falsche *Aussagen*, sondern wahre und falsche *Tatsachen*. Letztere sind alle jene, die der Doktrin widersprechen und daher geleugnet werden müssen, was unausweichlich die Verfolgung aller Andersdenkenden beziehungsweise überhaupt Denkenden nach sich zieht. Ideologien sind daher in ihrem Kern zutiefst *antizivilisatorisch* – auch der Multikulturalismus.

Recht – Das Recht gilt in allen Gemeinschaften höherer Lebewesen in Ansätzen. Es ist daher weder von Menschen gemacht, noch von Gott gegeben, sondern von entwicklungsgeschichtlich notwendiger Natur. So wie Beine zum Gehen nötig sind, so ist das Recht nötig zum Zusammenleben. Wie alle höheren Wesen hat der Mensch ein eingegebenes oder angeborenes Rechtsempfinden. Philosophisch kulminiert das Recht im *Kategorischen Imperativ*: Ich soll mich so verhalten, wie ich mir wünschen kann, dass es allgemeines Gesetz sei.

Gesetz – Ein Gesetz ist ein Regelwerk, im günstigsten Fall eine Niederschrift des Rechts, im Regelfall jedoch eine Niederschrift des Unrechts. Der Mensch ist nicht dem Gesetz verantwortlich, sondern dem Recht.

Rechtswesen – In einem Rechtswesen ist das Gesetz Recht. Das Rechtswesen ist Grundlage der Zivilisation.

Rechtsbeugung – Vertreter von Rechtswesen, die das Recht beugen, sind Verbrecher an der Menschheit. Mit der Bibel ausgedrückt, ist „Gott kein Mensch verhasster als der gesetzlose Richter“.

Unrechtswesen – In einem Unrechtswesen ist das Unrecht Gesetz. Das Unrechtswesen ist der Regelfall der Geschichte. Mit Platon ist „kein Unrecht schlimmer als jenes, das im Anschein des Rechts begangen wird“.

Erziehung ist Erziehung hin zur eigenständigen Erkenntnis und Anwendung des Rechts.

Selbsterziehung ist die Voraussetzung des Erwachsenseins. Der Erwachsene befolgt das Recht aus freien Stücken. Wer Zigarettenstummel in Stadt und Land wirft, ist ein unfertiger Mensch.

Mündigkeit ist nach Kant die Fähigkeit, sich seines Verstandes ohne fremde Anleitung zu bedienen.

Aufklärung ist nach Kant der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Selbstverschuldet ist die Unmündigkeit dann, wenn der Betreffende bloß zu faul oder feig ist, sich seines Verstandes zu bedienen.



Individualismus – Für freiheitsliebende Menschen ist es sehr schwer zu verstehen, dass für andere die Freiheit die schlimmste aller Zumutungen ist. Das heißt, eine Art von Narrenfreiheit hätten sie natürlich schon gern, aber nicht die Art von Freiheit, die es erfordert, um sich in den Spiegel blicken zu können.

Kollektivismus – In jeder Gemeinschaft stehen einander im Wesentlichen zwei Arten von Menschen verständnislos gegenüber: solche, die frei sein wollen, und solche, die das nicht wollen. Letztere sind weit in der Überzahl, denn jeder weiß, dass der Preis der Freiheit die Verantwortung ist, das eigene Leben zu meistern.

Gesellschaft – Daher sind die meisten Menschen nicht nur bereit, sondern versessen darauf, ihr eigenes Dasein einer gesichtslosen Masse unterzuordnen, in der sie unauffällig untergehen können. Diese gesichtslose Masse nennen sie *Gesellschaft*, und sie halten diese für verantwortlich für ihr Leben und das aller anderen. Die Gesellschaft als Verantwortungsträger gibt es natürlich nicht, und das ist ihr größter Vorzug, denn dann ist keine Veränderung zu erwarten, wenn man etwas von ihr fordert. Wichtigstes Merkmal dieser Gesellschaft ist, dass keiner daraus hervorsticht. Daher müssen Unterschiede eingeebnet, und wenn das nicht möglich ist, geleugnet werden. Niemand ist verantwortlich, denn die Gesellschaft ist für die Erziehung, das Benehmen und Wohlergehen aller zuständig. Die Masse ist der Ursprung, Mutter und Vater aller Dinge, der Mensch an sich ist nichts.

Unmündigkeit – Unwissenschaften zeichnen sich durch ihre vorgegebenen und sinnlosen Behauptungen aus, die jede Form von Mündigkeit im Keim ersticken. Wer sich innerhalb ihrer vorgegebenen Gedankensbahnen bewegt, ist unmündig.

Gewinn der Unmündigkeit – Der Krankheitsgewinn für die Betroffenen besteht darin, niemals erwachsen werden zu müssen. Die Anhänger von Religionen und Ideologien haben den Vorteil lebenslanger Unmündigkeit. Dennoch erhalten sie scheinbare

Antworten auf die tiefsinnigsten Fragen des Lebens.

Macht durch Unmündigkeit – Es versteht sich von selbst, dass unmündige Menschen besonders leicht zu beherrschen sind. Wer Mündigkeit verrät, indem er die widersinnigen Behauptungen der Obrigkeit zu hinterfragen beginnt, kann rechtzeitig zum Schweigen gebracht werden. Der Widersinn der Behauptungen ist also Mittel zum Zweck des Machterhalts – sinnvolle Aussagen wären dazu ungeeignet.

Wunsch nach Unmündigkeit – Für den rechten Menschen ist es oft schwer vorstellbar, dass die allermeisten Menschen nicht frei sein *wollen*. Sie sind in ihrer Rolle als Arbeitstiere völlig glücklich. Ein Kollege unter Ziviltechnikern sagte einmal zu mir: „Mir ist es egal, wenn ich 100% Steuern zahle, wenn es mir gut geht dabei.“

Recht ist, was wir tun – Unmündige Menschen teilen die Welt nicht in wahr oder falsch, nicht in gut oder böse ein, sondern in vorteilhaft und nachteilig *für sie*. Sie nehmen gerne ihre gesamte Umgebung in Beschlag, aber wenn andere auch ihre Rechte einfordern, sind sie beleidigt. Wenn sie den Fernseher um Mitternacht laut aufdrehen und der Nachbar sich beschwert, dass er nicht schlafen kann, sehen sie das ebenso wenig ein wie den Fall, dass der Nachbar das Radio am frühen Morgen ebenso laut aufdreht, bevor er arbeiten geht.

Soziopathen – Es ist unumgänglich, Soziopathen zu verstehen, will man die Politische Korrektheit verstehen. Soziopathen haben keinen Begriff für die Rechte anderer, sie sehen nur ihre eigenen Bedürfnisse. Dementsprechend handeln sie. Mit ihnen auf Basis des *quid pro quo* (Gleiches für Gleiches) oder *do ut des* (Ich gebe, damit du gibst) verhandeln zu wollen, ist aussichtslos. Soziopathen sind oftmals sehr intelligent und gehen zum Schein auf Forderungen ein, sie gestehen vorgeworfene Fehler (ohne daran zu denken, ihr Verhalten zu ändern), erfüllen sogar die eine oder andere Gegenforderung (in der Berechnung, einen Bauern zu opfern, um den Krieg zu gewinnen).

Die Vase am Boden

Linker: Ich werfe die Vase auf den Boden!
Rechter: Tu das nicht, sonst wird sie zerbrechen.
Linker: Du bist arm, du bist dumm, du bist krank!
(Wirft die Vase auf den Boden. Die Vase zerbricht.)
Oh mein Gott! Wie konnte es nur so weit kommen!
Niemand hätte wissen können, dass Vasen zerbrechen!



Die stärkste Waffe der Soziopathen sind ihre leeren Versprechen, mit denen sie die Menschen ködern.

Wie geht man mit Soziopathen um? – Man sollte Soziopathen keineswegs Glauben schenken, keine Schuldverhältnisse und keinerlei Verträge mit ihnen eingehen. Nun ist es aber nicht gerade leicht, einem Soziopathen dauerhaft aus dem Weg zu gehen. Das einzige, das einen Soziopathen stoppen kann außer einem noch größeren Soziopathen, ist geeintes Recht.

Kultur bezeichnet die Entwicklungsstufe einer Gesellschaft. „Kultur ist es, wenn ich die Herzen meiner Feinde fresse und mein Haus mit ihren Schädeln schmücke, Zivilisation ist es, wenn ich dies unterlasse“, soll ein kluger Mann einmal gesagt haben.

Zivilisation ist nicht gleichbedeutend mit Kultur. Zivilisation ist ein (gedachter) Zustand, in dem Menschen einander keinen Zwang antun.

Barbarei – Eine wertlose Kultur wird als Barbarei bezeichnet. In weiten Teilen Afrikas ist es bis heute Brauch, Mädchen die Geschlechtsteile mit einem scharfen Stein abzuschneiden und die verbleibende Öffnung mit Dornen zuzunähen.

Wert von Kulturen – Den Wert von Kulturen kann man am Maßstab der Zivilisation objektiv bewerten. Es gibt auch Kulturen, die einen negativen Wert besitzen. Möchte man eine erste Abschätzung des Zivilisationsgrades einer Kultur vornehmen, dann sieht man sich am besten die Toiletten und Straßen eines Landes an. Sind sie schmutzig, ist das Land unzivilisiert.

Kulturelle Entwicklung – Eine Kultur ist keineswegs identisch mit ihren Trägern, denn Menschen können ihre Kulturstufe wechseln. Ein Land ist, wie

die Menschen sind, die dort leben, und indem die Menschen dort ihr Verhalten ändern, kann ein Land seinen Zivilisationsgrad verbessern oder verschlechtern. Ein „korruptes Land“ ist nicht etwa einer „korrupten Gesellschaft“ geschuldet, sondern dem Umstand, dass die Mehrzahl der Menschen in diesem Land – oder zumindest die Maßgeblichen – korrupt sind. Wenn sie also einem weniger korrupten Land leben wollen, dann müssen sie weniger korrupt *sein*.

Sind wir zivilisiert? – Menschen können also ihre Kultur verändern und tun dies auch unablässig. Ich hätte mir als Jugendlicher nicht vorstellen können, meine Mannesjahre in einer Gesellschaft verbringen zu müssen, in der ich einen Text wie den vorliegenden schreiben und mir dabei Sorgen machen müsste, deswegen vor einem Strafgericht zu stehen. In den 70er- und 80er-Jahren herrschte definitiv eine höherstehende Kultur als heute. Noch hat die österreichische Kultur einen großen Vorsprung vor vielen anderen. Von der Zivilisation sind wir aber ein gutes Stück weit entfernt, und der Abstand vergrößert sich, statt sich zu verringern. Wir sind unterwegs nach unten.

Der Rechte ist ein Mensch, der die Verantwortung für sein Leben übernimmt. *Er verlangt Freiheit des Handelns und Denkens* und ist sich dessen bewusst, dass er die Folgen seiner Freiheit selbst tragen muss. Sein Weltmodell ist auf Tatsachen gegründet, da jeder Fehler zum Untergang führt. Der Rechte betrachtet sich als vollständigen Menschen mit Lebensrecht, Besitzrecht und Vertragsrecht. Gesetze sind freiwillige Übereinkünfte, die aus Einsicht in deren Sinnhaftigkeit eingegangen werden, doch niemals

*Rechter: Ich schon, ich habe dich gewarnt.
 Linker: Du bist arm, du bist dumm, du bist krank!
 Wir müssen etwas tun, um das Zerschlagen der Vase zu verhindern.
 Rechter: Jetzt ist es zu spät: Sie ist zerbrochen.
 Linker: Du bist arm, du bist dumm, du bist krank!
 (Wirft eine weitere Vase auf den Boden. Auch diese zerbricht.)*



die Macht haben, ihn zum Unrecht zu verleiten.

Der Linke ist ein Mensch, der die Verantwortung für sein Denken und Handeln an eine Obrigkeit abgibt. Er verlangt Gebote und Verbote, weist der Obrigkeit im Gegenzug aber die Verantwortung für den Erfolg und Misserfolg seines Lebens zu. Er glaubt an Unwissenschaften und bleibt daher Zeit seines Lebens unmündig. Ganz besonders kennzeichnen ihn die großen inneren und äußeren Widersprüche, die aus der Verweigerungshaltung gegenüber der Wirklichkeit zwangsläufig entstehen. In Ermangelung von Argumenten jedweder Art ist sein einziges Argument das gegen den Menschen. In Variationen wiederholt er stereotyp: „Du bist arm, du bist dumm, du bist krank, du bist böse, du bist rechts.“ Schließlich postuliert er unausweichlich ein Maß für sich und seinesgleichen und ein anderes für alle anderen. Egal, unter welchen angeblich menschenfreundlichen Vorwänden, wird er jedes Staatswesen in ein möglichst umfassendes soziopathisches System verwandeln, das seinen Wahnsinn schützt.

Die Oberen – Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben linker Politiker, die Folgen ihrer Handlungen, die normalen Menschen schon lange vorher klar sind, immer erst dann zu begreifen, wenn der Schaden, den sie angerichtet haben, nicht mehr gutzumachen ist. Oder in den Worten des deutschen Ex-Präsidenten Joachim Gauck: „Wohin ein solcher Multikulturalismus aber tatsächlich geführt hat, das hat mich doch erschreckt.“ Ach, hat es das. Nun, mich hat vielmehr erschreckt, wie viele Deutsche ihren Beruf und ihren Besitz verloren, weil sie genau dasselbe

sagten wie Gauck, allerdings zu einer Zeit, als es noch etwas gebracht hätte. So klingt es ein wenig, als hätte Hitler 1945 gesagt: „Wohin ein solcher Holocaust aber tatsächlich geführt hat, das hat mich doch erschreckt.“

Die Mitläufer – Man erkennt Linke an ihrem Mitleid für Verbrecher und ihrer Missachtung der Opfer. Es reicht ihnen nicht, ihre Mitmenschen um ihre wirtschaftliche und leibliche Existenz zu bringen, sie müssen sie dazu auch als Angstgestörte, Verlierer und Dummköpfe verspotten und erniedrigen. Eines der bemerkenswerteren Beispiele ist die bislang weitgehend unauffällig gebliebene Rita Haverkamp, Professorin für Kriminalprävention und Risikomanagement, die vor einer Versammlung von GrünInnen in Deutschland erklärte: „Es gibt kein Grundrecht auf Sicherheit.“ Was es hingegen offenbar sehr wohl gibt, ist ein Grundrecht auf Sicherheit für nigerianische Drogendealer, denn anders ist ihr Hiersein kaum zu erklären.

Die Medien – Ein weiteres Beispiel vollendeter Soziopathie sind Pressemeldungen wie: „Italien: Drogendealer hat 18-Jährige nicht ermordet. Der angebliche Mord galt als Anlass für einen Anschlag auf Migranten am Wochenende.“ In Italien, erfahren wir, habe ein italienischer Faschist und Rechtsextremist einen rassistischen Anschlag auf völlig unschuldige Migranten unternommen, was eine Debatte um Rassismus und Hetze ausgelöst habe. Im Kleingedruckten dann der Hintergrund der Tat, im Internet die zensurierte Information dazu: Ein polizeibekannter nigerianischer Drogendealer mit dem



Archi Tecturus tritt immer wieder mit pointierten Texten
zu aktuellen Problemen in Erscheinung.



Spaziergang in Ingolstadt im August 1870, Ludwig von Hofmann-Zeitz, 1871, Pfalzgalerie Kaiserslautern

schönen Namen Innocent Oseghale hat die 18-jährige Römerin Pamela Mastropietro in zwanzig Stücke geschnitten und in zwei Koffer verpackt. Der Titel des Artikels bezieht sich auf den Umstand, dass der Drogendealer nun behauptet, sein Opfer sei an einer Überdosis Heroin gestorben, das er ihr verkauft habe.

Schlussfolgerungen – In Österreich besteht mit der neuen Regierung eine gewisse Hoffnung auf die Abfederung der allerschlimmsten Folgen der Masseneinwanderung, doch erfolgt die Umsetzung der notwendigen Schritte noch mit zu großer Rücksicht auf die Befindlichkeiten derer, die uns in diese missliche Lage gebracht haben. Es muss jedenfalls allen klar sein, dass die verbleibenden gangbaren Lösungen täglich hässlicher werden.

Wie wir sehen, sind Multikulturalisten schwer gestörte Menschen, die unsere Zukunft ohne erkennbaren Grund verspielen. Rechtsempfinden und Vernunft sind ihnen abhandengekommen. Es scheint so zu sein, dass sie von einem tiefen Selbsthass beseelt sind, der in ihnen den Wunsch nach der Auslöschung und Vernichtung ihrer selbst, ihrer Familie, ihrer Stadt, ihrem Land und ihrem Erdteil hervorruft.

Immerhin haben es diese Soziopathen geschafft, uns in Nebengefechte auf Nebenschauplätzen zu verstricken. Wir sind ständig bemüht, unsere grundlegendsten Menschenrechte zu verhandeln und uns für unser Dasein zu rechtfertigen. Damit muss Schluss sein.

Es muss überhaupt mit Vielem Schluss sein.

Die entführte Aufklärung

Von Siegfried Waschnig



Die Aufklärung wurde gekidnappt. Ihre Vertreter – und Verdreher – schmücken sich mit fremden Federn. Sie geben vor, im Lichte von Aufklärung und Humanismus zu wandeln, doch ordnen sie sich der gesichtslosen Masse unter und verachten Freiheit und Verantwortung. Sie sind die Kraft, die Gutes will und Böses schafft. Aufklärung und kritische Vernunft kann (und muss) im 21. Jahrhundert deshalb ganz besonders von einer „emanzipierten Rechten“ befruchtet werden.

Das Licht der Aufklärung leitet zum Ende des Tunnels, zielt auf Wahrheit durch Klarheit, bedeutet Freiheit und Selbstständigkeit und bezeichnet auch die rationalen Operationen, die zur Klärung von Begriffen und zur Behebung von Unwissenheit beitragen – emanzipatorische Akte also, mit Blick auf den Ausgang aus der selbstverschuldeten Unvernunft. Der aufklärerische Vollzug vertraut in erster Linie auf den Verstand.¹ Seit dem Zeitalter der Aufklärung gilt die Erkenntnis als der Königsweg zur Steigerung des allgemeinen Lebensstandards, zur Befreiung von Aberglauben und zur Lösung der großen Welträtsel.²

Angetreten ist die Aufklärung, um das Zeitalter der Vernunft einzuläuten und das Denken des Mittelalters und den Absolutismus hinter sich zu lassen. Das Abendland war benebelt vom Zusammenspiel politischer Macht mit Religion und in absolutistischen Herrschaftsstrukturen erstarrt. Überall in Europa kam es zu bemerkenswerten Modernisierungsprozessen, die im Geiste der Aufklärung angestoßen wurden.³ Das Korsett wurde aufgeschnürt und ließ Europas Seele freier atmen. Ein Prozess, von dem wir heute noch zehren – kulturell wie intellektuell.

Blowback des Anti-Geistes

Doch der „anti-aufklärerische Geist“ (gewissermaßen der Anti-Geist schlechthin) wollte nicht ruhen. Er verstand es geschickt, religiöses mit politischem

Denken erneut zu vermengen, und fand so seinen Wiedergang in Form der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts. Dabei vollzog er einen für die Neuzeit typischen Vorgang: Er überführte transzendentes Heil in Welt und Geschichte und schickte Führerkult und Heilsutopien in das Rennen um die Herzen und Hirne Europas.⁴ So hat der Anti-Geist den Tod von Millionen Menschen auf dem Gewissen – ein schmerzhafter Lernprozess für Europa und die ganze Welt.

Doch während die Rechte erfolgreich mit dem Anti-Geist gerungen hat, vordemokratische und diktatorische Ordnungen ablehnt, ihre Unterstützung für demokratische Verfassungen betont⁵ und somit auch freiheitlich-aufklärerische Werte vertritt, befindet sich die Linke noch immer in den Fängen des Anti-Geistes. Sie ist noch immer in ihren alten Strukturen gefangen und will holen, „was ihr zusteht“, ohne dafür Leistung zu erbringen. Noch immer wollen ihre Anhänger ihr Denken und Handeln einer Obrigkeit ausliefern, damit ihnen die Verantwortung für Erfolg und Misserfolg ihres Privatlebens abgenommen wird.

Auf der Linken versammeln sich heute Radikale, die nur ihre Lösungen als richtig und wahr akzeptieren und dadurch gezwungen sind, alle anderen zu unterdrücken.⁶ Sie verstehen ihre Lösungen nicht nur als „politisch korrekt“, sondern als absolut.⁷ In ihrer Unmündigkeit zeigen sie auf diejenigen, die dem Anti-Geist entronnen sind und schreien: „*Du bist arm,*



Mag. Siegfried Waschnig ist Parlamentarischer Mitarbeiter in Wien.
In seiner Dissertation forscht er zu interkulturellen Ethiksystemen und dem
Ringern um die Identität(en) Europas. Er ist Vater von fünf Kindern.



*du bist dumm, du bist krank,
du bist böse, du bist rechts!*⁸
Sie fühlen sich geborgen in der
dualen Welt des Anti-Geistes
von Gut und Böse.

Revival der Aufklärung?

Doch der aufgeklärte Geist lässt
sich nicht ein auf die Verstrickungen des „alten Feindes“. Er
erkennt, dass Lösungen nicht
in starren und absolut begriffenen Regeln liegen. Denn eine
„offene Gesellschaft“⁹ ist eine
*„Gemeinschaft, welche nicht durch ein als absolut
begriffenes Ziel, sondern durch die Vernunft ihrer
Mitglieder und damit nach den Notwendigkeiten der
Zeit demokratisch gestaltet wird. Diese entsteht [...] durch das gemeinsame Erleben der Zeit und wird
durch ein Gemeinschafts- und Identitätsbewusstsein zusammengehalten, ohne das es auch keine
„offene Gesellschaft“ geben kann.“*¹⁰



Folgen eines linken Absolutheitsanspruches:
G20-Gipfel 2017, brennendes Schanzenviertel

Wenn wir als Menschheit
am Beginn des 3. Jahrtausends am Scheideweg stehen,
den wir durch die Entwicklung
der menschlichen Vernunft erreicht haben, müssen wir die
als absolut verkündeten Lebenslösungen als nicht erreichbar erkennen. Wir müssen auch
begreifen, dass die Lösung
*„nicht mehr durch Ideologien
oder religiöse und weltliche
Autoritäten mit Endlösungen,
sondern durch die Vernunft
des Menschen [...] erfolgen*

*muss.“*¹¹ Das kritische Denken ist der Motor der wissenschaftlichen Erkenntnis und der moralischen und politischen Entwicklung in demokratischen Gesellschaften. Alle Probleme müssen sich dem offenen Diskurs stellen. Denn der Verzicht auf Kritik führt schnell zurück in autoritäres Denken und geschlossene politische Systeme.¹² Das erkannt, weisen wir den Anti-Geist weiter in seine Schranken.

1 Schneiders, W.: Das Zeitalter der Aufklärung.
München: C.H. Beck 2014. S. 7

2 Schmidt-Salomon, Michael: Manifest des evolutionären Humanismus. Plädoyer für eine zeitgemäße Leitkultur.
Aschaffenburg: Alibri (Mitglied in der Assoziation Linker Verlage) 2006. S. 9

3 Schneiders, S. 116

4 Hartmann, G.: Politische Religion, in Auffarth, Ch., Bernard, J. und Mohr, H. (Hrsg.): Metzler Lexikon Religion. Gegenwart – Alltag – Medien. Band 3. Stuttgart; Weimar: Metzler 2000. S. 36f.

5 Minkenberg, M.: Die europäische radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Ost und West: Trends, Muster und Herausforderungen, in Melzer, R. und Serafim, S. (Hrsg.):

Rechtsextremismus in Europa.

Berlin: Friedrich Ebert Stiftung 2013. S. 21

6 Claus, K.: Die Parteien in der Sackgasse. Das Finale der klassischen Ideologien. Wien: Edition Genius 2007. S. 50

7 ebd. S. 233

8 Archi Tecturus: Sittenkonflikte in multiethnischen Gesellschaften, in Attersee Report (aktuelle Ausgabe), S. 32f

9 Ein Gesellschaftsmodell Karl Poppers, das zum Ziel hat, die kritischen Fähigkeiten des Menschen freizusetzen.

10 Claus, S. 233f

11 ebd. S. 245

12 Grabner-Haider, A.: Philosophie der Weltkulturen. Die Weltdeutungen und die Theorien der Wahrheit. Wiesbaden: Marix 2006. S. 373

Der Islam meiner Kindheit

Von Laila Mirzo



Ich wurde als Muslimin geboren, nicht weil mich jemand gefragt hätte, sondern weil dies automatisch durch den Vater vererbt wird. Dabei war mein Vater nicht einmal gläubig. Er war Philosoph und Atheist. Als Kind einer katholischen Mutter feierte ich im Syrien der 1980er-Jahre Ostern und Weihnachten. Ich liebte es, mit meiner Mutter aus den Zypressenzweigen einen Adventskranz zu binden. Zu den Festtagen luden wir immer die Nachbarn ein, es waren alles Muslime. Sie kamen gerne und feierten mit uns. Es ging um die Gemeinschaft, niemand hatte ein Problem damit, ein christliches Fest zu feiern.

In der Schule besuchte ich als Muslima den Koranunterricht. Das Auswendiglernen der Verse war mühsam, aber es herrschte keineswegs ein Klima des Hasses. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Suren, die uns der Lehrer aufgegeben hatte, zu Gewalt gegen Ungläubige aufgerufen hätten. Vielleicht hatte der Lehrer aus Respekt meiner Mutter gegenüber auf das Rezitieren dieser Verse verzichtet, vielleicht verurteilte er diese sogar selbst.

Als Kind in Syrien und später als junge Erwachsene in Deutschland hatte ich keine negativen Erinnerungen an den Islam. Ich hatte eine normale Kindheit, ich habe kein Kopftuch getragen und fuhr mit Shorts und T-Shirt auf dem Fahrrad in die Schule. Niemand hat mich deswegen zur Rechenschaft gezogen. Wenn ich aber heute sehe, wie sich der Islam zurückentwickelt hat, stimmt es mich sehr traurig. Denn als Kind durfte ich die barmherzige Seite des Islam erfahren. Ein Wasserkrug auf der Steinmauer am Ende des Dorfes, der für die Reisenden bestimmt war, das war für mich der gelebte Islam.

Eine Geschichte aus meiner Kindheit trage ich bis heute im Herzen: Im Nachbardsdorf lebte ein altes

Ehepaar. Sie waren kinderlos und sehr arm. Ihnen gehörten ein paar Schafe und Ziegen. Mit der Milch und der Wolle verdienten sie sich ihren Lebensunterhalt. Als der alte Mann am grauen Star erkrankte, fuhr meine Mutter mit ihm nach Damaskus und organisierte für ihn die Augen-OP. Aus Dankbarkeit schenkten sie mir ein Schaf.

Ich durfte es aber nicht behalten, weil meine Mutter meinte, ich könnte mit einem Schaf nicht einfach Gassi gehen, ein Schaf bräuchte seine Herde. Also brachten wir das Schaf zurück. Ein paar Jahre später wurden die beiden zu gebrechlich, um die Tiere versorgen zu können, und verkauften sie deshalb. Die alte Frau kam zu meiner Mutter mit einer beträchtlichen Summe Geld. Sie sagte meiner Mutter, dass mein Schaf im Laufe der Jahre viele Lämmer bekommen hätte. Das Geld wäre der Erlös aus insgesamt 5 Schafen.

Diese Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit habe ich immer mit dem Islam verbunden. Es tröstet mich, dass die Mehrheit der Muslime nach diesen Prinzipien lebt, aber zugleich beängstigt es mich, wie streng der Islam von vielen ausgelegt wird. Ich kann eine steigende „Islamisierung des Islam“ beobachten. Gläubige, die den Koran wortwörtlich nehmen und sich von der Vielfalt und der Toleranz abkehren, werden leider mehr und nicht weniger.

Wenn in der Zukunft ein harmonisches Zusammenleben zwischen Muslimen und Nichtmuslimen gelingen soll, dann braucht es mutige und aufrichtige Menschen, die sich von den Gewaltsuren emanzipieren und die Würde und den Wert eines Menschen nicht an seiner Religion messen. Der Islam braucht mehr Querdenker und Freigeister anstelle von Hassprediger und geistigen Brandstiftern.



Besprechungen

Reinhard Farkas

Alternativen zum Niedergang

Bei Peter Rosegger gelesen



Peter Rosegger stand inmitten einer Periode rascher sozialer, wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen. Viele dieser Veränderungen sah er positiv. Und doch stellte er gleichzeitig negative Entwicklungen fest, die man in Beziehung zur zeitgenössischen Dekadenzkritik stellen muss.

Dekadenzkritik – das war „in“ in der Zeit um 1900. Wie viele Zeitgenossen an Jean-Jacques Rousseau anklingend, verbreitete der Lebensreformer Wilhelm Zimmermann die Vorstellung eines „physisch-moralischen Verfalls der Kulturvölker“ (1894). Im Alpenland drohe, so Rosegger (1914), eine „Entheimung und Entdeutschung unseres Volkes“. Die Nation werde scheinbar durch Stadt, Industrie und Verkehr aufgesogen, annihiliert.

Diese Argumentationsschiene ist keineswegs nur national oder patriotisch. Denn es gibt eine globale Argumentation – und der Autor entwirft das Schreckbild eines Raubbaus, der die Menschheit selbst gefährdet. Wie Rosegger etwa in seinem Aufsatz zur *Waldfrage in den österreichischen Alpengebieten* (1883) ausführt, liegt dieser Tendenz eine auf Gewinn beschränkte Sichtweise zugrunde: „Nach Geld, nach Geld ringt alles, des weitem halten wir die Augen zu, um nicht zu sehen, wohin wir treiben.“



Mag. Dr. Reinhard Farkas ist Assistenzprofessor am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Seine Forschungsschwerpunkte liegen neben den sozialen, religiösen und ökologischen Bewegungen der Moderne besonders auf umwelt- und tierethischen Fragen und in der Beziehung von Mensch und Natur. Besonders bekannt ist er als Experte für das Werk des steirischen Dichters Peter Rosegger.



Vier Jahre vor seinem Tode findet der Dichter noch einmal drastische Worte für seine Katastrophenerwartung: *„Und dass an Zukunft niemand denken will, dass alles nur in den Tag hineinlebt, weckt in mir die Ahnung, dass nach uns die Sündflut kommt.“*

„Zurück zur Natur“ – Peter Roseggers Alternative

Wer negative Folgen seines Handelns erkennt, hat die Chance, es zu korrigieren. Die Alternative zum Untergang liegt, so Rosegger, in einem naturkoordinierten Leben und nachhaltigen Wirtschaften, in einer, wie es der Biotechnologe Anton Moser formuliert, „Integration der Zivilisation in die Natur“.

Für diese Veränderung verwendete Rosegger das damals populäre Bild der „Wiedergeburt“ (Regeneration). So klingt in den *Idyllen aus einer untergehenden Welt* (1898) die Hoffnung an, „dass irgendwo und irgendwann eine Wiedergeburt kommt, eine neue waldfrische Jugend“. Es geht um eine mentale Umorientierung, um neue Formen des Lebens und Wohnens, abseits schädlicher Umweltbedingungen.

„Der Mensch gehört nicht zwischen Stein und Staub hinein“, so liest man in einem Brief an Ludwig Anzengruber vom 16.7.1874. Der bemerkenswerte Essay *Rückkehr zur ländlichen Natur* (1898) verdeutlicht ein weiteres Mal, dass sich der Diskurs nicht um den Gegensatz von Bauer und Herr, sondern um jenen von Land und Stadt dreht! Das von Rousseau geprägte Motto der „Rückkehr zur Natur“ wird 1898 im *Heimgarten* verstanden im Sinne eines kultivierten und modernen Lebens im Grünen:

„Und wenn wir so die wirkliche Kultur in Kunst und Forschen, bereichert mit allen Erfindungen,

Entdeckungen, auf das Land verpflanzen, dort zweckmäßige Wohnstätten bauen, entsprechende Nahrung genießen, Körper und Geist harmonisch betätigen und ergötzen – so möchte ich doch sehen, ob das Rückschritt ist! Rousseaus Rückkehr zur Natur hat einst zur Revolution geführt. Unsere Rückkehr zur Natur wird eine Reform bedeuten [...] Das zwanzigste Jahrhundert, an dessen Schwelle wir stehen, wird ein Zusammenbruch und eine Wiedergeburt werden. [...] Mein Rat ist der: Wenn Sie gesund und zufrieden werden wollen, so kehren Sie zurück zur ländlichen Natur, um dort als gebildeter Mensch Körper und Geist in richtigem Ebenmaße zu beschäftigen.“

1911 erwartet Rosegger nach einem Niedergang der großstädtischen Lebensqualität, insbesondere durch Versorgungskrisen, eine Wendung zum Besseren: *„Die Krise zur Gesundheit wird kommen, man wird sie den Stadtkrach nennen – und dieser Krach wird ein vernünftigeres Zeitalter aufwecken.“* Diese Rückkehr zur Natur erfolgt in einigen Romanen Roseggers lediglich im Sterben der Protagonisten, etwa im *Ewigen Licht* (1897). Hier flüchtet der Protagonist, Pfarrer Wolfgang Wieser, vor seinem Tod in die Einsamkeit des Almfriedens, eine fast surreale Landschaft finaler Erlösung:

„Einen Mann mit der Ampel sehe ich wandern [...] Wie ein roter Stern schwebt das Licht hinauf. Ich folge ihm zagend nach – immer höher in die Wildnis, ins Gebirge mit dem Nordlichtschein.“

Dagegen ist in dem 1882 veröffentlichten und wohl am stärksten kirchenkritischen Roman Roseggers, *Der Gottsucher*, eine ganz andere Lösung aufzufinden. Sie ist mit einer – damals auch von Richard Wagner angesprochenen – Liebesreligion verbunden.



Leseempfehlungen:

Rosegger für uns. Zeitloses und Aktuelles aus seinem „Heimgarten“,
Hg.: Reinhard Farkas. Graz 2013. Verlag für Sammler
Farkas/Hiller: Peter Rosegger. Leben / Werk / Landschaften.
Graz 2018. Leykam Verlag



Waldheimat: Roseggers Geburtshaus in Alpl bei Krieglach, Ansichtskartensammlung Steiermark

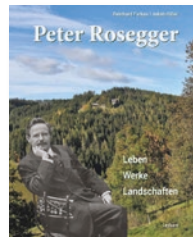
Hier geht es um den Untergang einer aufsässigen Gemeinde, die von Truppen des Landesherrn eingekesselt wird und deren sektiererische Bewohner ihre Häuser in Flammen setzen. Am Ende steht aber nicht dieser Brand. Ihm entkommt ein junges Paar, das in Liebe zusammenfindet und ein neues Leben beginnt. Die angedeutete sexuelle Vereinigung und das ihr folgende tiefe und lange anhaltende Schweigen deuten eine harmonische Wirklichkeit an, die sich aller Scheinhaftigkeit entzieht: eine innere Sonnenwende.

„Tief in der Schlucht, wo ein bemooster Weg gegen das Haus des Firnerhans hinausführt, ka-

men die zwei jungen Menschen aus dem Dickicht wieder hervor. Ihre Gesichter waren rosig erblüht, ihre Herzen zitterten leise, zitterten selig nach, als hätten sie ihn gesehen, der von Ewigkeit zu Ewigkeit seinen Kindern die Freude gibt. Sie schwiegen noch immer.“

Jakob der Letzte: Rettung durch Auswandern

In den Romanen stellt Rosegger neben der Untergangsperspektive Wege der Rettung dar, die immer auch eine Erlösung bedeuten. Leider werden diese



Auswege und Alternativen heute – man möchte fast sagen: bewusst – überlesen. Ein besonders plakatives Beispiel ist die Rezeption des Romans *Jakob der Letzte* (1888), der sich etwa in der Krieglacher Dramatisierung (durch Felix Mitterer) auf den Verfall des Ganzen Hauses beschränkt. Nun ist dies gewiss das leitende Thema und wird in zahlreichen untergeordneten Erzählungen variiert. In der Tat wird dort vom Zerfall des Ganzen Hauses auf den Niedergang der Gesellschaft geschlossen:

„Es wird aber ein schlimmes Ende haben. Eine Gesellschaft, die den Bauernstand zu Grunde richtet, kommt mir vor wie jener Schildbürger, der auf dem Baume den Ast absägt, auf dem er sitzt.“

Man geht jedoch fehl, wenn man über der zweifellos düsteren Stimmung und der anklingenden Aussichtslosigkeit glückliche und positive Perspektiven übersieht. Jakobs gleichnamiger und verlорener Sohn kann sich nach wirren Abenteuern auf dem Bauernhof wieder verankern, und zwar im Hochgebirge der Sierra Nevada. Dieser Gebirgszug ist ein Teil der Kordilleren und der längste und höchste Gebirgszug der heutigen USA.

In einem Gebirgstal, „fast vergleichbar unserem Altenmoos daheim, nur dass die Bäche im Sommer versiegen“, lässt sich Jakob also nieder. Dieses Neu-Altenmoos, in dem auch Engländer und eine „Indianerfamilie“ leben, wird eine Zuflucht, in der man selbstverständlich weiter Deutsch spricht, liest und singt und die „Sitten der alten Heimat“ hochhält. Hier baut Jakob seinen „Reuthof“, daneben eine kleine Kapelle, er betreibt gemischte Landwirtschaft, heiratet aus



einer Nachbarsfamilie ein Mädchen, „und ich hoffe nach den Anzeichen, dass man mich in Neualtenmoos Jakob den Ersten nennen wird“.

Natur erster Güte – in die Wildnis!

Gewiss, Rosegger will die nachhaltige bäuerliche Wirtschaft in modernisierter Form erhalten. Zum anderen jedoch erblickt er, wie vor ihm der

Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl, in der Wildnis ein wertvolles pädagogisches Instrument für den Einzelnen wie für das Volk, um Defizite der Zivilisation aufzuheben und Natürlichkeit und seelische Gesundheit wieder zu erlangen.

Als Sprecher dieser Perspektive tritt im *Jakob* ein früherer Oberknecht, Pechölbrenner und Zitterspieler namens Natz auf, der nach dem Abgang des Dorflehrers dessen Funktion übernimmt und die Heranwachsenden mit den Weisheiten von Wald und Feld vertraut macht: „Je weniger Menschen sich fanden in Altenmoos, je mehr sah und hörte er Vögel, Hasen und Rehe, im Wasser Forellen, in den Höhlen Füchse, Marder und anderes Getier. Das kam ihm lustig vor.“

Die Wildnis bildet eine ultimative Zuflucht „im Angesicht einer untergehenden Welt“, zeitliche Abläufe und historische Prozesse werden aufgelöst im zeitlosen Raum der ewigen Natur. „Wer heute dem Verfall entfliehen will, der muss sich mit allen Vieren in die Wildnis stürzen“, so die im *Heimgarten* proklamierte Devise Peter Roseggers. Dies könnte uns Anregung sein, nicht zuletzt im Hinblick auf unsere Reisen in diesem Sommer. Camping in Norwegen ist zu empfehlen!

Energieautarkie als Vorbild?

Von Clemens Hubmer



Immer wieder wird von linker Seite mehr Engagement bei der Reduktion der CO₂-Emissionen in Österreich gefordert. Das ist wenig verwunderlich, bietet das Thema „Klimawandel“ der parlamentarischen wie der medialen Opposition ja die willkommene Gelegenheit, sich als vermeintlich verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert zu präsentieren.

Vergessen wird dabei freilich, dass eine CO₂-Nullmission in Österreich ähnliche Auswirkungen auf den CO₂-Haushalt der Welt hat, wie das Mittagessen eines Passagiers auf den Bremsweg eines ICE. Diesem Faktum kontern linke Politiker mit einem Bündel von zwielichtigen Argumenten bis hin zur Vorbildwirkung für andere Staaten. Nun ist dieses Argument des guten Vorbildes in Anbetracht des allgemeinen Entwicklungsniveaus Österreichs durchaus nicht verkehrt: Auch als kleines Land können wir etwas bewegen, wenn wir anderen Nationen den richtigen Weg aufzeigen. Aber was genau wollen wir bewegen?

Wenn das Phänomen des Klimawandels wie selbstverständlich mit dem sogenannten Treibhauseffekt verknüpft wird, kommt bereits hier Ungewissheit ins Spiel. Denn es gibt noch zahlreiche andere Thesen, warum sich die Erde in den letzten Jahrzehnten leicht erwärmt hat. Diese reichen von normalen Schwankungen des Weltklimas – so bedeutet Grönland ja „Grünes Land“ und die Pasterze heißt „Weide“ – bis zu einer durch Rußpartikel herbeigeführten Verringerung der Reflexion der Sonnenstrahlung durch das Eis, wobei durch dessen Abschmelzen eine gewisse Kettenreaktion in Gang kommt.

Warum sollte man nun aber etwas bekämpfen, von dem man nicht weiß, ob es wirklich ein Problem darstellt – und was seine Gründe sind? Ein vorsichtiger Antwortversuch aus rechter Sicht könnte lauten: weil uns nichts Schlimmeres passieren kann, als in 30 Jahren zu bemerken, dass unsere Sorge unbegründet war, wir aber trotzdem unabhängig von fossilen

Energieimporten geworden sind. Diese Antwort sollte eigentlich mehrheitsfähig sein, und sie ist auch die Lösung für die Frage, wie man ein „Vorbild“ für andere Staaten werden könne.

Falsche Vorbilder

Kein Staat kopiert derzeit die Energiewende Deutschlands 1 zu 1, da hier enorme Kosten einem kleinen Nutzen gegenüberstehen. Höchstens wurden von den reicheren Staaten ein paar Mechanismen übernommen, allerdings so beschränkt, dass die Kosten nicht explodieren, womit natürlich auch die Wirkung nur kosmetisch ist. Wer aber anderen zum Vorbild werden möchte, darf keine Vorschläge machen, die etwa für ärmere Staaten von vornherein unfinanzierbar sind. Klimaschutz-Maßnahmen müssen sich auch ökonomisch (oder zumindest geopolitisch) für einen Staat rentieren.

So wird etwa in China ja nicht deswegen auf Wind- und Solarenergie gesetzt, weil man glaubt, gemeinsam mit Europa das Weltklima retten zu müssen. Dafür betreibt China zu viele (und zu schmutzige) Kohlekraftwerke. China setzt auf erneuerbare Energien, weil es hofft, damit eine strategisch wichtige Industrie aufzubauen und seine Abhängigkeit von Energieimporten dauerhaft zu minimieren. Aber ein Land muss kein *Global Player* wie China sein, um ein natürliches Interesse daran zu haben, seine Eigenproduktion auf diesem Sektor zu erhöhen: Energieautarkie gehört heute zu den ureigensten Interessen eines souveränen Staates.



Mag. Clemens Hubmer studierte Wirtschaftswissenschaften an der JKU in Linz mit Spezialisierung Volkswirtschaftslehre und war seitdem in verschiedenen Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien und Energietechnik sowohl technisch als auch kaufmännisch tätig.



Betrachtet man nun allerdings, wie viele Milliarden etwa Venezuela durch Treibstoffsubventionen für seine eigene Bevölkerung vergeudet, wird einem schnell klar, dass auch bei einer fossilen Ausrichtung der Energiepolitik diese nicht automatisch wirtschaftlich sinnvoll sein muss. Die Anzahl der Staaten, die ihren fossilen Energieverbrauch subventionieren, ist freilich lang – darunter viele, die ihre Rohstoffe bereits teuer importieren müssen. Ziel dieser Förderungen ist, dass Energie auch für weniger privilegierte Menschen erschwinglich sein soll. Entsprechend wenig sparsam ist dann auch der Umgang damit.

Höhere Steuern auf fossile Energie?

Weil die weltweiten Preise für fossile Energieträger – einerseits dank immer besserer Ausbeute des Planeten, andererseits dank staatlichen Interventionen bis hin zur massiven Förderung der Kernkraft – nach wie vor günstig sind, werden heute alternative Energiegewinnungsformen noch intensiver subventioniert, damit sie überhaupt wettbewerbsfähig sind. Da die Subventionen irgendwie gegenfinanziert werden müssen und damit erst recht wieder auf den Konsumenten abgewälzt werden, bleibt als „Erfolg“ natürlich nur die völlige Störung jedweder Marktpreisbildung übrig.

Der ökologische Nutzen dieses ganzen Prozederes ist aber ebenfalls höchst fraglich: Die Subvention von erneuerbaren Energien, um die „bösen“ fossilen Energien zu ersetzen, gleicht dem Versuch, Schnapskonsum durch Freibier zu unterbinden. Zwar wird am Ende vielleicht weniger Schnaps getrunken, aber insgesamt trotzdem mehr Alkohol. Dementsprechend wird durch die Subvention von erneuerbarer Energie insgesamt einfach wieder mehr Energie konsumiert. Sofern man aber wirklich daran interessiert ist, unabhängig von fossiler Energie zu werden, kann man

sich den Luxus der Energieverschwendung nicht leisten. Auch der erste Aufschwung der Kohle lag ja an einer teuren Knappheit von Holz.

Wenn wir uns also, anstatt alles Mögliche zu subventionieren, darauf konzentrieren, solche Marktbedingungen zu schaffen, bei denen die *Quick Wins* effektiv gehoben werden können, brächten wir entsprechend mehr bei der Einsparung der fossilen Energie weiter – selbst wenn wir wie Deutschland die Industrie außen vorlassen. Anstatt der spektakulärsten Technologien würden die effektivsten zum Einsatz kommen: Wenn eine alte Ölheizung durch die billigste Wärmepumpe auf dem Markt ersetzt wird, spart sie pro kWh mehr Energie ein, als die Ablöse eines Diesel-PKWs durch ein Elektroauto. Egal auch, welcher Biomasseheizkessel in einem Haus in Betrieb ist – er verbraucht weniger Hektar Wald pro gespartem Liter Heizöl, als man an Anbaufläche für das Produzieren von einem Liter Biodiesel aufwenden müsste.

Aber läuft uns da nicht die Zeit davon, wenn wir nur das machen, was sich jetzt schon (fast) auszahlt? Nein! Anstelle der Hoffnung, dass eine geförderte Technologie in 15, 25 oder 50 Jahren alle Probleme wie ein Stein der Weisen lösen wird, werden dadurch konkrete und wirksame Maßnahmen im Jetzt gesetzt. Wenn wir z.B. einen 100jährigen Vorrat annehmen und den Verbrauch in jedem Jahr um 1% senken, haben wir in jedem folgenden Jahr weiterhin einen Vorrat von 100 Jahren (auf der neuen Bemessungsgrundlage). Solange es uns gelingt, den Verbrauch konsequent zu senken, wird die Reichweite unseres Vorrats folglich nicht weniger.

Eine verträgliche Energiewende ist also möglich. Allein wer einen solchen sanften, aber konsequenten Umstieg zuwege bringt, ohne Unsummen an Geld auszugeben oder Arbeitsplätze zu vernichten, kann wohl damit rechnen, für andere zum Vorbild zu werden.

Zur Frage der „Landnahme“

Ein Leserbrief von Gerulf Stix



In der letzten Ausgabe des *Attersee Reports* mit dem Titel *Der Nomos* fand sich in mehreren Aufsätzen und in unterschiedlichen Zusammenhängen der Begriff „Landnahme“. Völlig zurecht wird u. a. darauf hingewiesen, dass Landnahme etwas mit der Vorstellung vom politischen Raum allgemein zu tun hat und in der Geschichte häufig vorgekommen ist. Angemerkt sei, dass auch die moderne „Völkerwanderung“ in die Länder Europas eine spezifische Form von Landnahme darstellt.

Ein gänzlich anderes Spezifikum stellen die neuesten Technologien in allen ihren Spielarten dar. Auch sie führen indirekt zu einer Landnahme: Die raumgreifende Technik, vor allem die Satellitentechnik, macht einen bis 1957 „freien Raum“, nämlich den Weltraum, zu einem politischen Raum. Parallel dazu wird nach und nach die Gebietshoheit auch der tatsächlich oder bloß formal souveränen Staaten obsolet. Noch schärfer gesagt: Mit der Globalisierung werden Grenzen ausgehöhlt. Damit wird nicht nur der staats- und völkerrechtliche Begriff des „Staatsgebietes“ durchlöchert. Es ist eine Entwicklung im Gange, die faktisch auf eine Abschaffung der von Staaten beherrschten Territorien hinausläuft. Satelliten, die alles orten, fotografieren oder scannen, scheuen sich nicht um Souveränitätsrechte.

Bezweifelt werden darf auch, dass sich die maßgeblichen Staaten um „Überflugsrechte“ für ihre Drohnen bemühen, die heute für militärische Zwecke (Spionage- oder Killeraktionen) weltweit unterwegs sind. Konnte man früher bei der Kontrolle im „Äther“ vielleicht noch von einer Kontrolle im Raum über einem Staatsgebiet sprechen, so versagt diese Konstruktion angesichts der modernen nachrichtentechnischen Globalisierung.



Natürlich wird es weiterhin auch die materielle Landnahme geben. Ebenso werden Gebietshoheit und Grenzen konkrete Größen mit darauf abzielenden rechtlichen wie faktischen Maßnahmen bleiben. Trotzdem werden schleichende Landnahme und stille Abschaffung der Territorialkontrolle den politischen Raum verändern! War dieser ursprünglich zweidimensional bestimmt, so kam mit dem Luftraum die gerade noch beherrschbare dritte Dimension hinzu. Mit dem Weltraum

kommt eine „vierte Dimension“ dazu, die von keinem Einzelstaat mehr beherrschbar ist. Über das alles müssen Staats- und Völkerrechtler wissenschaftlich nachdenken. Und alle Politiker müssen sich vergegenwärtigen, dass unser Planet ein zusammenhängender politischer Raum geworden ist.

Trotzdem bleibt die Notwendigkeit erhalten, „mit beiden Beinen auf der Erde“ zu stehen. Otto von Bismarck hat einmal Politik als „die Kunst des Möglichen“ bezeichnet. Die Politik wird künftig noch mehr Möglichkeiten als in der Vergangenheit beachten müssen – und auf noch mehr Zwangsläufigkeiten stoßen. Dadurch wird sie mehr noch als bisher zu einer „Kunst“ werden müssen. Wird der Mensch davon in Zukunft überfordert sein?

Adharas Stimme



Wenn heute vom „Untergang des Abendlandes“ die Rede ist, zieht man gern Parallelen zum Niedergang des Römischen Reiches. Richtig ist, dass auch jenes *Imperium Romanum Occidentalis* nicht mit einmaliger Gewalt erobert wurde, sondern dass eine religiös-spirituelle Neuorientierung der Bevölkerung, ein kontinuierlicher Verlust privatwirtschaftlicher Spielräume und ein beständiger Zustrom von Fremdvölkern der Staatsordnung Stück für Stück ihre Fundamente entzogen.

Eine falsche Parallele dagegen ist, dies wäre dem Untergang des seinerzeitigen Abendlandes gleichgekommen. Der Okzident transformierte sich nur und über dem Erbe des Gewesen entstand ein neues Europa. Wären die Einwanderer heute von einem ähnlichen Schlage wie damals, willens ein Teil der Zivilisation zu werden und in die Elite aufzusteigen, könnte man fast gelassen in die Zukunft blicken. Der Fall ist das leider nicht.

Und doch muss klar sein: Der Wandel an sich gehört zur Welt. Eine Kultur lässt sich nicht auf ein Normaljahr festlegen, demgemäß sie zu konservieren und auf ewig zu reproduzieren ist. Menschen sind keine Statisten in einem Freiluftmuseum – und wie lange sollte diese Repetition auch stattfinden? Hundert Jahre? Tausende von Jahren? Bis zum Ende der Welt? Frühere Zeitalter konnten gut konservativ sein,

hatten sie ja kaum einen Begriff davon, wie es vor Generationen gewesen war und wie sehr man sich seitdem gewandelt hatte. Erst die modernen Technologien der schier unbegrenzten Informationsspeicherung machen uns das Vergleichen überhaupt erst möglich.

Indem eine postmoderne Kultur all ihre eigenen vergangenen Stile heute nebeneinander bewahrt und wiederverwendet, ist sie schon vor jeder Vermischung mit anderen Kulturen selbst *multikulturell*. Eine schon äußerlich erkennbare Beständigkeit, wie sie etwa das Alte Ägypten über Jahrtausende wahrte, ist passé. Der Konservative muss also aufpassen, in seinem Impetus des Bewahrens nicht seinen eigenen Zeithorizont für das Ende der Geschichte zu halten, so wie es Linke in ihrem materialistischen Historizismus tun. Selbst die traditionellsten Trachten stammen in ihren Schnitten und Mustern ja auch nur aus dem frühen 20. Jahrhundert.

Ein nüchterner, mathematischer Blick auf die unabgeschlossene Dauer der Weltgeschichte macht klar: Das meiste von dem Guten, nach dem es zu streben gilt, liegt wohl schwerlich zufällig genau in der Zeitspanne der paar Generationen, die *unsere* Zeitgeschichte ausmacht. Es liegt wohl vieles davon in der Zukunft – und vieles davon weit in der Vergangenheit.

Wo wir ein wenig von dem Ewigen davon erhalten können, da liegt das Abendland.

Adhara

Terminavis



Das diesjährige Atterseekreis-Treffen wird am Samstag, den 29.9.2018, in Seewalchen am Attersee zum Thema „Europa – von der Utopie zur Dystopie?“ stattfinden.

Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee · Herausgeber: Mag. Norbert Nemeth · Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: joerg.mayer@fpoe.at · Bildredaktion & Graphikdesign : buero.rühl, E-Post: buero@rühl.at

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit.

Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis / Copyright: S. 1: akg-images · S. 2: akg-images · S. 3, 5, 52: Pixabay / jplenio · S. 4, 6-7: akg-images · S. 9: Wikimedia Commons · S. 11: Wikimedia Commons / Achille Beltrame · S. 14: Pixabay / sharonang · S. 17: Pixabay / Nana-ne · S. 4, 18-19: akg-images · S. 20: Wikimedia Commons · S. 25: Parlamentsdirektion / Mike Ranz · S. 4, 26-27: Pixabay / Mad_Photography_Perth · S. 29: Ignasi Bolto · S. 31: Pixabay / Free-Photos · S. 4, 32-33: akg-images · S. 38: akg-images · S. 40: Wikimedia Commons / JouWatch · S. 4, 42-43: Steiermärkisches Landesarchiv · S. 45: Steiermärkisches Landesarchiv · S. 46: Wikimedia Commons / Coßmann · S. 49: FPÖ · S. 50-51: Pixabay / manfred-richter · Illustrationen auf S. 1, 25, 31, 41, 50, 52: buero.rühl



Atterseekreis

frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG
Sponsoring.Post
14Z040199 S